

mo

SOS
MITMENSCH

DAVON 1,25 EURO
FÜR KOLPORTAGE
2,50€

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 48

HARTZ-IV FÜR ÖSTERREICH

Wie sozial sind die
politischen Parteien?

AFD ZUM VERSCHWIN- DEN BRINGEN

Burkard Dregger (CDU)
im Interview

ROT-BLAU

Nur taktisches
Kalkül?



Wie wir Flucht produzieren
KLIMA-KILLER

Was MO-KolporteurInnen erleben

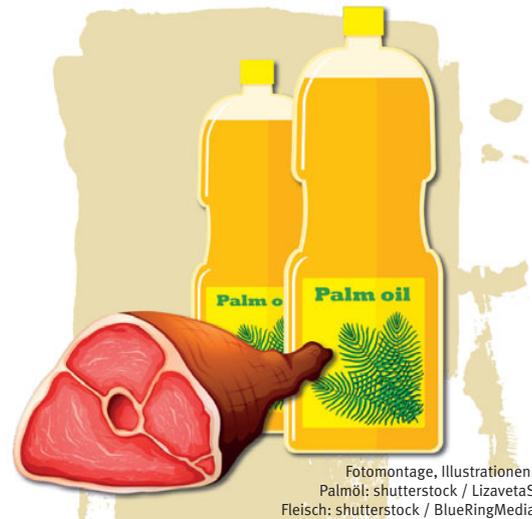
Illustration: PM Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



Was immer wieder vorkommt: Wenn jemand Geld oder das Handy gestohlen wird oder wenn vielleicht auch jemand etwas verliert, dann werden oft MO-KolporteurInnen, die zufällig vorbeikommen, als die ersten Verdächtigen von der Polizei untersucht. Think about it!



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Fotomontage, Illustrationen:
 Palmöl: shutterstock / LizavetaS
 Fleisch: shutterstock / BlueRingMedia

Stille Klimakiller: Palmöl und Fleisch.

Liebe Leserin Lieber Leser

Bislang gelten Klimaflüchtlinge noch weitgehend als Zukunftsszenario, auf das die Weltgemeinschaft eher früher als später Antworten finden muss. Geht es nach dem Verursacherprinzip, dann hat sich der Kreis schon jetzt auf unheilvolle Weise geschlossen. Schließlich sind es die Industrieländer, die den Großteil der Klimaerwärmung zu verantworten haben. SUVs sind – anstatt seltener – immer häufiger auf den Straßen zu sehen, billige Fernflüge „kurbeln“ den Tourismus „an“ und CO₂-speichernde Regenwälder werden für Farmland abgeholzt. Es ist unser imperialer Lebensstil (© Ulrich Brand), für den andere bezahlen müssen. Im aktuellen Dossier haben wir deshalb exemplarisch beleuchtet, wie sich der Palmöl-Hype und Fleischkonsum auswirken. Zwei stille Klimatreiber, die ganz selbstverständlich Teil unseres Konsums sind. Auch sie erhöhen den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre. Kohlendioxid ist ein Gas, das sich erst nach mehreren Tausend Jahren abgebaut hat. Solange wird es stetig zur Erwärmung der Erde und der Meere beitragen. Wer also die Flüchtlingspolitik als Problem separieren möchte, hat etwas Grundlegendes nicht verstanden. Die UNO ist angesichts der Entwicklungen jetzt schon gefragt, Migration auf neue Weise zu definieren. Ganz kurzfristig gedacht, wird das Thema wohl auch die Wahlen im Oktober beeinflussen. Ein scheinbar unverwüsthches Emo-Thema. Wir wollten aber wissen, wie sozial die politischen Parteien eigentlich sind. Wer vertraut auf die stabilisierende und integrierende Kraft des Sozialstaates? Und wer will ihn abbauen? Eigentlich ein wesentliches Kriterium für die Stimmabgabe...

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Wildenberg / GLOBAL 2000

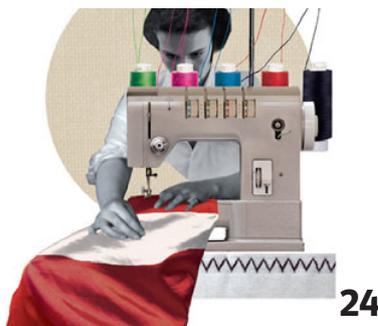


Illustration: Eva Vasari



Foto: Rainer Raschewski

Einstieg

2 CARTOON

Was MO-KolporteurInnen alles erleben.

3 EDITORIAL

7 HANDLUNGSBEDARF

Erstmals nach 1945 stehen Sündenböcke ganz oben auf der Agenda eines Bundeskanzlerkandidaten. *Kommentar: Alexander Pollak*

Dossier: Klima-Killer und Migration

8 DÜRREN HEIZEN KONFLIKTE AN

Der Klimawandel gilt als die größte Bedrohung für die Menschheit. Wie sich schon jetzt Konflikte verstärken. *Text: Eva Maria Bachinger*

12 DER PALMÖL-HYPE

Kaum ein Lebensmittel in unseren Supermärkten kommt noch ohne Palmöl aus. Es ist billig, und es hat ungeahnte Auswirkungen auf Mensch und Klima. Ein Lokalausgang in Indonesien. *Reportage: Lisa Kernegger, Martin Wildenberg*

16 WIEVIEL FLEISCH VERTRÄGT DIE WELT?

Die Erdbevölkerung wird sich bis 2050 auf 10 Milliarden Menschen erhöhen. Kann mehr Fleischproduktion Hungersnöte verhindern? *11 Antworten von Bernhard Wohner*

19 TRANSYLVANISCHES TERROIR

In Osteuropa ist Boden billig und westliche Investoren kaufen sich ein. Schon wird vor „Land Grabbing“ gewarnt. Ein Blick nach Rumänien. *Text: Thomas Weber*

Welt

22 ROTER TOUCH BEI BLAUER HEIMATPARTEI

Was SPÖ und FPÖ in der Sozialpolitik eint - und was sie trennt. *Text: Gerald John*

24 HARTZ-IV-REFORMEN FÜR ÖSTERREICH?

Bürgernähe ist im Wahlkampf angesagt. Doch wie sozial sind die politischen Parteien wirklich? Das Netzwerk „arbeit plus“ hat deren Agenden verglichen. *Text: Judith Pühringer, Felix Wohlgemuth*

27 „BRAUCHEN KEINE STRATEGIE GEGEN DIE AFD“

Ein Gespräch mit Burkard Dregger, innenpolitischer Sprecher der CDU, über den richtigen Umgang mit rechtspopulistischen Parteien. *Interview: Muhamed Beganovic*

30 IST DAS NICHT GEFÄHRLICH, SO ALS FRAU?

Eine kritische Betrachtung, wie der Journalismus über Kriegsgebiete und Gewalt berichtet. *Text: Simone Schlindwein*

33 EINE FAMILIE ALS ROLE MODEL

Wie Huseyn Iskhanov und seine Tochter die tschetschenische Community verändern wollen. *Text: Evelyn Steintaler*

35 IMPRESSUM

Rubriken

36 BINATIONALE PAARE

Ralf und Sakera im Porträt. *Text und Fotos: Karin Wasner*

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Ich bin meine Geschichte.
Philipp Sonderegger: Raues Pflaster Praterstern.
Clara Akinyosoye: „Wir können nicht alle nehmen.“

40 COMMUNITY NEWS

Neues aus den muslimischen Gemeinden. Alle gegen Terror. Betraum in Zentrumsnähe. *Text: Ibrahim Yavuz*

41 SPOTLIGHT

Der Verein Vita Nova kümmert sich mit viel Engagement um afghanische Jugendliche. *Text: Muhamed Beganovic*

42 MEDIEN

Bücher: 20 Strategien gegen Rechts / Fair reisen / Willkommen in Österreich? / Atlas der Umweltmigration

45 SOS MITMENSCH

Pass egal. Das ist auch meine Wahl!

46 ANDERE ÜBER ...

Die FPÖ ist nicht gezähmt. Eine Warnung vor Rotblau. *Kommentar: Doron Rabinovici*



OFFEN
für **Bildung**

StadT  Wien

**JETZT
LIEGT'S AN
IHNEN!**

Nach dem beitragsfreien Kindergarten, der sprachlichen Frühförderung und dem verpflichtenden Kindergartenjahr macht Wien in Sachen Bildung den nächsten wichtigen Schritt: die neuen „Wiener Bildungsgrätzl“. Durch die Vernetzung verschiedener Bildungsangebote bekommen Kinder von Anfang an die Chance, ihre Stärken und Talente voll zu entfalten. Wie etwa im Bildungsgrätzl Schönbrunn, wo bereits jetzt durch die Vernetzung von bestehenden Bildungsstrukturen Kurse ab dem Kindergarten bis zur Matura durchgängig belegt werden können.

Also: **die Tür ist offen.**
Jetzt liegt's an Ihnen!

Heute schon jemanden entradikali- siert?

Täglich mit DER STANDARD
und derStandard.at



derStandard.at



HANDLUNGSBEDARF

Rückkehr der Sündenböcke

Erstmals nach 1945 stehen Sündenböcke ganz oben auf der Agenda eines Bundeskanzlerkandidaten. Wird das am Wahltag belohnt?

Kommentar: Alexander Pollak

Vor 1945 waren Sündenböcke ein wichtiger Teil der Politik, beispielsweise bei Karl Lueger, der von 1897 bis 1910 Wiener Bürgermeister war. Lueger war populär. Er erzeugte seine Popularität unter anderem damit, Menschen gegeneinander auszuspielen. Hauptsündenbock für seine Christlich-soziale Partei waren „die Juden“: „Hier in unserem Vaterlande Österreich liegen die Verhältnisse so, daß sich die Juden einen Einfluß erobert haben, der über ihre Zahl und Bedeutung hinausgeht. In Wien muß der arme Handwerker am Samstag nachmittag betteln gehen, um die Arbeit seiner Hände zu verwerten, betteln muß er beim jüdischen Möbelhändler.“

Kaiser Franz Josef I lehnte die Ernennung Luegers zum Wiener Bürgermeister mehrmals ab. Der Kaiser sah die Gleichberechtigung aller BürgerInnen in Gefahr. Erst nach jahrelangem Ringen stimmte er der Ernennung Luegers doch zu. Gegen Ende seiner politischen Karriere stellte Lueger seine Sündenbockpolitik als Strategie dar: „Ja, wissen S', der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen.“

Mehr als hundert Jahre später gehört der Fingerzeig auf Sündenböcke wieder zur politischen Strategie in Österreich. Jörg Haider brachte diese Strategie zurück ins Spiel. Jetzt

steht sie erstmals ganz oben auf der Agenda eines Bundeskanzlerkandidaten.

Die Tonalität dieses Kandidaten ist nicht so scharf wie jene Haiders oder Luegers, aber die Botschaften sind klar: Ausländer und insbesondere Flüchtlinge seien Mitschuld daran, dass die Abgabenquote in Österreich über 40 Prozent liege. Erstere würden „ins Sozialsystem zuwandern“ und zweitere würden „zu viel kosten“. Zudem würden Migranten die Kosten für das Gesundheitssystem in die Höhe treiben, sagt Sebastian Kurz.

Kurz zeichnet ein Bild von MigrantInnen und Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft als Belastung für den Staat und als Menschen, die nicht zur österreichischen Bevölkerung gehören. Dass sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft und auch Wirtschaft sind und oft schon lange in Österreich leben oder sogar hier geboren sind, wird in den Hintergrund gedrängt.

Geflüchtete Frauen, Männer und Kinder kommen in der Rhetorik des Kanzlerkandidaten überhaupt nur noch als Menschen zweiter Klasse vor. Diesen Menschen solle man, wenn sie bedürftig sind, weit weniger Unterstützung geben als anderen Menschen in Österreich, sagt Kurz.

Der ÖVP-Kandidat betreibt seine Sünden-

bockrhetorik nicht aus einer Emotion heraus, sondern aus kaltem Kalkül. Er weiß: Das Spiel mit Sündenböcken macht oftmals populär. Er weiß auch: Sündenböcke helfen dabei, die eigene Klientel aus Abgabendiskussionen herauszuhalten und von Steuerprivilegien, die etwa Vermögende und Konzerne genießen, abzulenken. Zudem weiß Kurz auch: Geplanter Sozialabbau lässt sich besser verkaufen, wenn man ihn als Maßnahme gegen „die Fremden“ bzw. gegen Menschen zweiter Klasse darstellt.

Sein Sündenbockrepertoire vollendet Kurz, indem er eine religiöse Minderheit pauschal als „Problemgruppe“ abstempelt. Er charakterisiert MuslimInnen kollektiv als unfähig, einen qualitativ hochwertigen Kindergarten zu leiten. Und er fordert, wenn es um die Genehmigung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen geht, offen die Diskriminierung von MuslimInnen ein.

Wird der Kanzlerkandidat auf seine Sündenbockpolitik angesprochen, weicht er geschickt aus, und sagt, er würde bloß Probleme ansprechen und müsse dafür viel Prügel einstecken – er, das eigentliche Opfer. Der 15. Oktober ist ein wichtiger Wahltag. Er ist auch eine Reifepfung für die Bereitschaft, das Spiel mit Sündenböcken zu belohnen.



Illustration: Petja Dimitrova



DÜRREN HEIZEN KONFLIKTE AN

Der Klimawandel gilt als die größte Bedrohung für die Menschheit. Die Szenarien reichen von Hungersnöten bis zu Kriegen und großen Fluchtbewegungen. Wie die Klimaerwärmung jetzt schon Konflikte verstärkt.

Text: Eva Maria Bachinger, Fotos: Jork Weismann



Tuma steht in bunten Kleidern mit zwei ihrer sechs Kinder in der staubtrockenen Savanne. Sie ist erschöpft: „So schlimm war die Dürre noch nie. Seit einem Jahr hat es nicht mehr geregnet.“ Mehr als 20 Kilometer muss sie regelmäßig in das Dorf Balesa gehen um Lebensmittel zu holen, ein Fünf-Stunden-Marsch in der Hitze. „Wir hatten 140 Ziegen und 30 Kamele. Die meisten Tiere sind gestorben,“ erzählt die 42-Jährige. Ihr ältester Sohn müsse immer weiter mit den verbliebenen Tieren ziehen, um überhaupt noch Wasser zu finden. Der 68-jährige Salesa ist der Dorfälteste in El Adi, einem kleinen Dorf in der Region Marsabit in Kenia. „Schwer war es hier immer, aber früher kamen die Dürren nur alle sieben Jahre. Da hatten wir genü-

gend Zeit uns darauf vorzubereiten, Tiere zu mästen, Nahrungsmittel zu trocknen und zu lagern. Aber heute gibt es alle zwei bis drei Jahre eine verheerende Dürre. Wir haben keine Zeit uns von einer Dürre zu erholen, bevor die nächste kommt.“

Der Klimawandel gilt als größte Bedrohung für die Menschheit. Die meisten Folgewirkungen müssen derzeit aber (noch) nicht die Hauptverursacher in den reicheren Ländern ausbaden, sondern vor allem Entwicklungsländer. Betroffene Gebiete sind neben den Inseln im Südpazifik die Subsahara-Region, Ostafrika, Länder der Himalayaregion, die von den großen Flüssen abhängig sind. Wenn Gletscher schmelzen, drohen Überflutungen, sind sie abgeschmolzen, Wassermangel. Der Weltagrарbericht stellte 2009 fest: „Was sich hinter globalen Durchschnittswerten von zwei bis vier Grad Erwärmung verbirgt, kann ganze Regionen der Erde unbewohnbar machen und auch in scheinbar weniger betroffenen Regionen zu wilden Wetterka-

KLIMAWANDEL TRIFFT DIE LÄNDLICHE ARME BEVÖLKERUNG DER ERDE ZUERST.

riolen führen. Ein einziger Frost, Hagel, Starkregen, Hurrikan, Hitzeeinbruch oder Schädlingsausbruch können über Nacht die Ernte eines ganzen Jahres zerstören. Eine nicht berechenbare Verschiebung der Regenzeit macht den Zeitpunkt der Aussaat zum Lotteriespiel.“

Klimawandel trifft die ländliche arme Bevölkerung der Erde zuerst und am härtesten. Drei Viertel der LandbewohnerInnen sind arm, und 86 Prozent können ohne ihren Boden nicht überleben.

200 Millionen Klimaflüchtlinge?

Laut „Global Humanitarian Forum“ leben mehr als 500 Millionen Menschen in gefährdeten Zonen, mehr als 20 Millionen mussten aufgrund der Klimaänderungen bereits ihre Heimat verlassen. Bis 2050 könnte es, so die Prognosen, bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlinge geben. 200 Millionen, eine Zahl, die – man glaubt es kaum – 1993 vom britischen Naturschützer Norman Myers genannt wurde und seither immer wieder in Vorträgen und Medienberichten zitiert wird. „Sie ist zu einer magischen Zahl in der öffentlichen Debatte

geworden und wird manchmal sogar als Vorhersage der Vereinten Nationen hingestellt“, heißt es im aktuellen „Atlas der Umweltmigration“, den der Oekom Verlag eben herausgebracht hat. Viele Fragen bleiben dabei aber offen: „Sagen die Prognosen etwas über die Zahl der innerhalb eines bestimmten Jahres flüchtenden Menschen aus? Oder handelt es sich um die Zahl derer, die bis 2050 ihr Zuhause verlieren werden? Welche Definition für MigrantInnen sollte verwendet und welcher Zeitrahmen und welche Entfernung sollten dafür berücksichtigt werden?“ Streng genommen gibt es keine „Klimaflüchtlinge“ im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951, die Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg garantiert. Der Klimawandel ist aus juristischer Sicht kein Grund für Asyl, erklärt Madeline Garlick von UNHCR in Genf: „Die Verfasser der Genfer Flüchtlingskonvention haben nicht vorausgesehen, dass Menschen aufgrund des Klimawandels flüchten. Sie passen nicht in das Konzept der Konvention. Allerdings gibt es den Fall, dass Staaten nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerung vor den Folgen der Klimaänderungen zu schützen oder sie unterstützen nur bestimmte Gruppen. Das wäre dann Diskriminierung und könnte ein Asylgrund im Sinne der Konvention sein“, so Garlick.

Die meisten Menschen flüchten nicht nach Europa.

„Zu migrieren ist eine menschliche Fähigkeit auf Widrigkeiten zu reagieren. Hätten wir das nicht gelernt, gäbe es uns nicht mehr. Das ist also in erster Linie eine konstruktive, positive Reaktion, meint Christoph Schweifer, Chef der Auslandshilfe der Caritas. Schwierig werde es vor allem dort, wo es zu einem Ressourcenwettbewerb kommt und eine politische Lösung nicht möglich ist. „Das löst Konflikte aus, wenn etwa in Darfur jahrzehntealte Vereinbarungen nicht mehr funktionieren, wenn Viehbauern in Ackergebiete ziehen, um ihr Vieh ernähren zu können.“ Durch den Klimawandel seien dort mehr Flüchtlinge zu erwarten, wo das Leben ohnehin schon karg sei. Jede Veränderung wird dann zur lebensbedrohlichen Situation, während es den Regierungen an den Fähigkeiten und Ressourcen fehlt, um die Folgen abzufedern. Während man in Europa mit einer „Flüchtlingskrise“ beschäftigt ist, findet



Hunger in Kenia: Früher kamen die Dürren alle sieben Jahre, man hatte Zeit, die Tiere zu mästen. Nun gibt es alle zwei bis drei Jahre eine verheerende Dürre, erzählt der Dorfälteste in El Adi.

Flucht oft regional statt und weit entfernt von den reichen westlichen Staaten und ihrer Aufmerksamkeit. So berichtet etwa der UNHCR, dass aktuell Tausende Menschen aus dem südostasiatischen Myanmar nach Bangladesch geflüchtet sind. „Bangladesch akzeptiert die Flüchtlinge, aber hat nicht viele Ressourcen, um ihnen zu helfen“, so die Expertin Garlick. „Was wir klar beobachten, ist, dass politische Konflikte und die Situation von Flüchtlingen sich durch klimatische Änderungen verschlimmern, etwa dadurch, dass Bangladesch vermehrt von Überschwemmungen betroffen ist. Auch in anderen Weltregionen, etwa am Horn von Afrika, verschärft die Hungersnot die Situation geflüchteter Menschen dramatisch.“ Caritas, Ärzte ohne Grenzen und UNHCR sind sich in dem Befund einig, dass die meisten klimabedingt vertriebenen Menschen eher im Land selbst oder in Nachbarländern flüchten. „Im Norden Kenias liegt die Analphabetenrate bei 90 Prozent. Das sind Bauern, die kein Geld und keine Möglichkeiten haben, nach Europa zu flüchten“, erzählt Christoph Schweifer von der Caritas. Er war erst vor kurzem vor Ort. Auch Marcus Bachmann, der jüngst von seinem Einsatz im Südsudan für Ärzte ohne Grenzen zurückgekehrt ist, meint, dass es nicht der erste Gedanke der Betroffenen sei, in

die weite Welt zu ziehen: „Nach Uganda sind seit Juli 2016 mehr als eine Million Südsudanesen geflüchtet. Das ist die ultima ratio. Schließlich haben sie ihre Heimatdörfer verloren. Es braucht extrem starken Druck, um Menschen in Bewegung zu setzen. Die erste Option ist immer, in der Nähe zu bleiben, in der Hoffnung, wieder zurückzukehren.“ Bachmann ist im Bezug auf Afrika wichtig, dass die Ursachen von Konflikten und Flucht oft sehr mannigfaltig

AUCH IM TSCHAD IST DER KLIMAWANDEL REAL. DIE ANBAUPERIODEN WERDEN KÜRZER.

sind. „Das sind sehr große Länder in Afrika, man kann sie nicht in einem Topf werfen, so wie man nicht sagen kann, dass die Menschen von Portugal bis zum Ural von etwas gleichermaßen betroffen sind. Im Fall von Afrika wird hingegen oft verallgemeinert.“ Einen Zusammenhang von Flucht und Klimawandel kann er zumindest für einige Regionen in Afrika nicht bestätigen: „Im Südsudan ist das Klima aus unserer Beobachtung nicht unbedingt der Fluchtgrund der Menschen. Sie fliehen vor der brutalen Gewalt gegen Zivilisten und den damit einhergehenden Folgen wie keinen Zugang zu

Nahrung und medizinischer Hilfe zu haben, brachliegende Felder, keine humanitäre Helfer vor Ort.“ Der Bürgerkrieg werde seit 2013 mit extremer Brutalität geführt, seit 2016 wird nicht nur geplündert, sondern werden Felder und Saatgut gezielt mit Feuer zerstört. Der Südsudan ist so groß wie Deutschland, hat aber nur 12 Millionen EinwohnerInnen. Das Land könnte sich selbst ernähren, würden die Menschen in Frieden leben.“

Auch am Horn von Afrika ist für Bachmann die Lage ähnlich: „Zwar erleben wir speziell in Äthiopien und Somalia derzeit eine schlimme Dürre und behandeln auch viele mangelernährte Kinder, aber auch die Flüchtlinge, die wir in Äthiopien betreuen, sind vor dem Krieg in Somalia und deren Folgen geflohen.“ Dass aufgrund der Dürre eine Hungersnot herrsche, schätzt er anders als andere NGOs ein. „In verschiedenen Gebieten herrscht schwere, akute Unterernährung vor, aber objektiv und mit den Jahren davor gesehen gibt es keine signifikanten Unterschiede. Klimatische Veränderungen haben hier nicht entscheidend zur Hungerkrise beigetragen, sondern der Bürgerkrieg ist der Auslöser für die schwierige Ernährungssituation.“ Anders im Tschad, wo die Auswirkungen des Klimawandel zu beobachten sind. Bachmann: „Viele berichten, dass die Anbauperioden kürzer werden, und es zu wenig Regen gibt. Die Böden geben nicht mehr so viel Ertrag. Dort ist der Druck der sich ausbreitenden Sahara spürbar. Ebenso wie im Niger und im Norden Nigerias. Zu bedenken ist aber auch, dass wir in diesen Ländern ein hohes Bevölkerungswachstum verzeichnen, womit es schwierig wird, alle Menschen zu ernähren.“

Wird Tuvalu untergehen?

Der Syrienkrieg wird ebenfalls öfters als Beispiel für die Folgen des Klimawandels genannt: Zwischen 2006 und 2011 herrschte eine anhaltende Dürre, die laut

Kenia. Selbstversorgung wird immer schwieriger. Lebensmittel gibt es 20 Kilometer entfernt.





Dürre in Kenia, Region Marsabit. Die Menschen sind auf Unterstützung von NGOs angewiesen.

Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber vom Institut für Klimafolgenforschung in Potsdam die schlimmste seit 900 Jahren war. Auf mehr als der Hälfte der Landesfläche waren Ernteausfälle zu beklagen, Viehzüchter hatten 85 Prozent ihrer Herden verloren. Die syrische Regierung ließ die Landbevölkerung mit dem Problem weitgehend allein. Rund zwei Millionen Menschen flohen als Reaktion vom Land in die Städte, dort gab es allerdings auch keine Perspektive. „Der Klimawandel ist nicht die Ursache für den Krieg, aber er hat zu jener Dürre geführt, die in Kombination mit verfehlter Politik und einem autoritären Regime viele Menschen in die Verzweiflung getrieben hat“, sagt Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb von der Wiener Universität für Bodenkultur. Das heißt, der Klimawandel kann Krisen verschärfen und so zu Fluchtbewegungen beitragen. Anders verhält sich das etwa bei den vielzitierten Inselstaaten im Pazifik, etwa von Tuvalu. Diese Menschen drohen ausschließlich aufgrund des Klimawandels zu Vertriebenen zu werden. Laut Prognose des Klimaforschungsverbundes IPCC sollen die Temperaturen weltweit bis zum Jahr 2050 um ein Grad Celsius und der Meeresspiegel um 20 Zentimeter steigen, bis 2100 um 1,5 Grad Celsius und 50 Zentimeter. Für den Insel-

staat Tuvalu mit rund 11.000 EinwohnerInnen, der im Schnitt nur zwei Meter aus dem Wasser ragt, sind diese Aussichten äußerst bedrohlich. Aber auch andere Weltregionen wie Bangladesch, Florida oder die Niederlande liegen kaum über (oder teils unter) Meeressniveau.

Als weiteren Schritt gegen den Klimawandel haben sich beim Pariser Weltklimagipfel 2015 195 Staaten auf das Ziel geeinigt, die Erwärmung durch Maßnahmen

PARIS, WELTKLIMAGIPFEL: DIE ERDERWÄRMUNG SOLL AUF 1,5 GRAD BEGRENZT WERDEN.

auf durchschnittlich 1,5 Grad zu begrenzen. Zudem soll betroffenen Menschen sowie Staaten geholfen werden: Die Industriestaaten wollen dafür von 2020 bis 2025 jährlich rund 100 Milliarden Euro für Entwicklungsländer bereitstellen. Zusätzlich haben sie sich verpflichtet, klimabedingt Vertriebenen zu helfen. Nachbarstaaten der Südseeinseln wie Neuseeland haben bereits ein eigenes Migrationsprogramm ins Leben gerufen. Auch Österreich leiste seinen Beitrag, heißt es aus dem Umweltministerium. Jährlich würden rund 140 Millionen Euro für internationale Klima-

schutzprojekte ausgegeben. „Ein Teil davon ist der österreichische Beitrag zum „Green Climate Fund“. 20 Millionen Euro bis 2018 wurde als Anstoßfinanzierung zugesagt, ein großer Teil wurde bereits vorzeitig überwiesen. Österreichs Beitrag wurde kürzlich um weitere sechs Millionen Euro aufgestockt“, erklärt Sprecherin Magdalena Rauscher-Weber. Allerdings wurde der Climate Fund laut Außenamt schon 2010 gegründet. Zudem wurde bereits bei der Klima-Konferenz 2009 vereinbart, dass die Industriestaaten in den Jahren 2010-2012 insgesamt 30 Milliarden US-Dollar als Anschubfinanzierung und ab dem Jahr 2020 jeweils 100 Milliarden pro Jahr bereitstellen würden. Die Pariser Vereinbarungen sind völkerrechtlich bindend, doch Sanktionen sind nicht vorgesehen. UNHCR-Expertin Garlick sieht nach wie vor eine Lücke im Rechtsbereich. Es gebe derzeit keine spezifische Konvention und konkrete Regeln. „Wir brauchen eine internationale Lösung, wie wir mit klimabedingt Vertriebenen umgehen. Jeder Staat muss einen Beitrag leisten, sonst wird das Problem nicht gelöst.“

Buchtipp: Dina Ionesco, Daria Mokhnacheva und François Gemenne: Atlas der Umweltmigration. Oekom-Verlag 2017

DER PALMÖL- HYPE

Palmöl hat sich in einem unglaublichen Tempo zum weltweit meist verwendeten pflanzlichen Öl entwickelt. Weil es billiger als andere Pflanzenöle ist, wird es nun in Lebens- und Futtermittel eingesetzt, aber auch in Agro-Treibstoffen, Kosmetika oder Hygieneprodukten. Was aber ist der tatsächliche Preis für das Billig-Öl? Ein Lokalausweis in Indonesien.

Reportage: Lisa Kernegger, Martin Wildenberg

Das Fett der Ölpalme hat viele Eigenschaften, die es vor allem für die industrielle Lebensmittelproduktion interessant machen. Letztendlich sind es aber vor allem die geringen Produktionskosten, die es für die Hersteller von Agro-Treibstoff, Keksen oder Kerzen so attraktiv macht. Während sich Investoren aus Europa und Asien und Betreiber industrieller Plantagen und Raffinerien in den vergangenen 30 Jahren eine goldene Nase am Palmöl-Boom verdient haben, wurden riesige Regenwaldflächen abgeholzt, Moore trockengelegt und dabei unglaubliche Mengen an klimaschädlichem CO₂ freigesetzt. Dazu wurden viele LandwirtInnen, manchmal ganze Dörfer, gewaltsam von ihrem Land vertrieben.

Im Juli 2016 reiste ich als Vertreter von GLOBAL 2000 gemeinsam mit KollegInnen von Südwind nach Indonesien, um die Auswirkungen des Palmölanbaus mit eigenen Augen zu sehen. Unterstützt wurden wir dabei vor Ort von KollegInnen unserer indonesischen Friends of the Earth-Partnerorganisation WALHI.

Polizei und Militär: für „Sicherheitsdienste“ bezahlt

Seit der Dezentralisierung Indonesiens zu Beginn dieses Jahrtausends haben sich die Machtzentren innerhalb des Landes weg von Jakarta und hin zu den Provinzen und ihren Vorstehern – den so genannten Bupati – verschoben. Der zuvor im Zentrum ausgetragene Machtkampf um Ressourcen

KONZERNE SAGEN, WIR SOLLEN IHNEN DAS LAND ÜBERSCHREIBEN. SONST KRIEGEN WIR GAR NICHTS.

ist nun in den regionalen Zentren der Peripherie unter den lokalen Eliten entbrannt. Korruption und politisch motivierte Gewalt – einst fest in der Hand der Zentralregierung – haben sich dezentralisiert und eine nur schwer zu kontrollierende Eigendynamik entwickelt. Auf die wiederkehrenden zivilgesellschaftlichen Proteste reagiert der Staat nicht selten brutal. Polizei und Militär lassen sich zudem von lokalen Regierungen und den auf Plantagen und in

der Bergbauindustrie tätigen Unternehmen für „Sicherheitsdienste“ großzügig bezahlen. Sie sind tief in die Machtkämpfe um Einfluss und Kontrolle über die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verwickelt.

Ein Bauer erzählt: „Früher gab es hier Wald und auf unseren Feldern haben wir Mais, Reis, Mangos und andere Früchte für unseren Eigenbedarf angebaut. 2011 gab die Regierung dann dem Sanda Indah Lestari (PT SIL)-Konzern die Konzession für unser Land, ohne uns zu fragen. „PT SIL“ schüchtert uns ein und hat viele von uns dazu gezwungen, ihnen das Land zu überschreiben. Sie sagen, dass wir ihnen das Land überschreiben sollen, weil wir von ihnen jetzt noch eine Abfindung bekommen. Später würden sie es einfach nehmen und wir gar nichts mehr dafür bekommen.“

Auf die Frage, wie es sich hier mit den Landrechten verhalte, antwortet er: „Wir leben auf dem Land unserer Großeltern, aber wir haben keine schriftlichen Besitzurkunden. Es ist sehr schwer für uns, unsere



Der niedrige Preis für Palmöl-Produkte erzeugt anderswo hohe Kosten, etwa hier in Indonesien. Oben: Gerodetes Land. Unten: In Riau – einem der Zentren der Indonesischen Palmöl-Produktion – erfassen wir das wahre Ausmaß der Palmöl-Epidemie. Monokulturen soweit das Auge reicht.



Arbeiter lädt die Palmfrüchte in die Körbe. Dem Land wird durch tiefe Kanäle das Wasser entzogen, der Grundwasserspiegel abgesenkt. Bauern leiden seither unter der Trockenheit auf ihren Feldern.



Landrechte verbrieft zu bekommen – während es für die Unternehmen ein Leichtes ist, Konzessionen über tausende von Hektar zu erhalten.“ Warum sie auf den verbliebenen Feldern keinen Reis mehr anbauen, will ich wissen. Da deutet Osim (Name geändert, Anm.) auf einen etwa drei Meter tiefen Kanal, der sich durch die Landschaft schneidet: „Den Kanal hier hat „PT SIL“ unter Polizei Schutz gebaut, um das Grundwasser abzusenken. Damit sind auch die uns verbliebenen Felder ausgetrocknet. Wir können auf ihnen keinen Reis mehr anbauen.“

Hoffnung auf Wirtschaftswachstum

Die Erträge aus dem eigenen Anbau werden immer kleiner, daher müssen sie immer mehr Grundnahrungsmittel zukaufen. Einen Arbeitsplatz auf den Plantagen knüpfen die Palmölkonzerne jedoch häufig an die Bedingung, das verbliebene Land an das Unternehmen zu überschreiben. Und nach zwei bis drei Monaten wird der oder die ArbeitnehmerIn dann wieder entlassen. Die großen Versprechungen über wirtschaftliches Wachstum in der Region stellen sich als große (Ent-)Täuschung heraus. In Riau – einem der Zentren der Indonesischen Palmöl-Produktion – erfassen wir das wahre Ausmaß der Palmöl-Epidemie. Ölpalmen-Monokulturen soweit das Auge reicht. Ein bedrückendes Gefühl be-

schleicht mich. Unvorstellbar, dass hier noch vor weniger als dreißig Jahren dichter Urwald stand, der mit seinen meterdicken Urwaldriesen Tigern, Orang-Utans und dem Sumatra-Nashorn ein Zuhause bot. Heute sind all diese Tierarten akut vom Aussterben bedroht. Zusätzlich wirkt sich

MONOKULTUREN STATT URWALD. METERDICKE MOORBÖDEN SETZEN UNMENGEN AN CO2 FREI.

auch das Trockenlegen der weitläufigen indonesischen Moore für neue Plantagen verheerend auf den Klimawandel aus. Viele Böden in den Tiefebenen von Riau und Borneo bestehen aus meterdicken Moorböden, in denen über Jahrtausende Biomasse und damit CO₂ gespeichert ist.

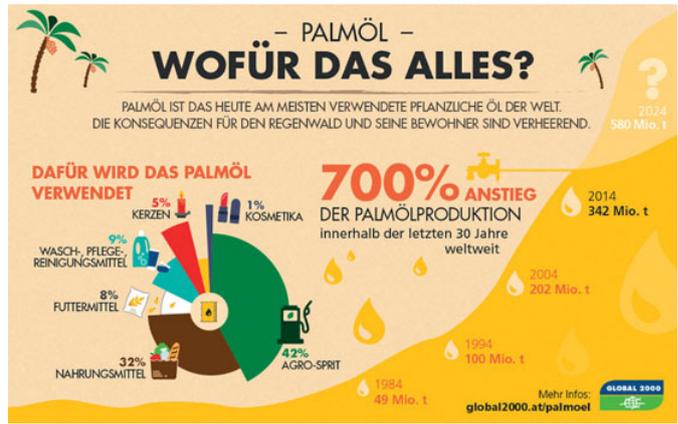
Kinder: leiden an den Folgen

Diese Böden werden nun von den Palmölkonzernen trockengelegt. Dadurch kommt ein Abbauprozess in Gang, durch den Unmengen an klimaschädlichem CO₂ freigesetzt werden. Und nicht nur das: Während Indonesiens Trockenzeit – die aufgrund des Klimawandels immer extremer wird – kommt es regelmäßig zu verheerenden Torfbränden. Plantagenfirmen stehen immer wieder in Verdacht, die Feuer absichtlich zu legen, um Flächen billig zu entwalden. Sicher ist jedenfalls, dass sie durch das großflächige Trockenlegen der Moorböden maßgeblich zu den Bränden beitragen. Immer wieder ist die ganze Region bis hinauf nach Singapur wochenlang in Rauchwolken gehüllt, mit katastrophalen gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung. Mehr als eine halbe Million Menschen leiden bereits unter Atemwegsbeschwerden, vor allem Kinder leiden und sterben an den Folgen dieser Umweltkatastrophe.

In Riau besuchen wir noch ein kleines Dorf, eine halbe Tagesreise flußaufwärts von der nächsten größeren Stadt. Seit fast zwei Jahren kämpft das Dorf um sein Überleben. Der für den Bootsbau unerlässliche Gemeindewald wurde vom korrupten Dorfvorsteher ohne Wissen der DorfbewohnerInnen an einen Palmöl-Konzern verkauft. Als die Bagger auftauchten und anfangen den Wald zu roden, erhoben die fassungslosen DorfbewohnerInnen Einspruch bei ihrem Bupati. Eigentlich hätte dies bis zur rechtlichen Abklärung des Falls zu einem Rodungsstopp führen sollen. Tatsächlich setzte die Firma ihre Arbeit jedoch unbeirrt fort. Als einige DorfbewohnerInnen daraufhin das Symbol der Waldzerstörung – den Bagger – anzündeten, stürmten zweihundert Polizisten das Dorf und verhafteten alle Männer, die sich nicht rechtzeitig verstecken konnten. Im Gefängnis wurden sie mit brennenden Zigaretten und Schlägen gefoltert, um ihnen ein Schuldge-

Baggerarbeiten: Der Einspruch der DorfbewohnerInnen bei ihrem Bupati brachte nichts.





Gutes Geschäft, schlecht für das Klima. Für KonsumentInnen ist es schwierig, Palmöl zu vermeiden. Es findet sich selbst in Waschmittel und Agro-Sprit.

ständnis zu entlocken. 16 Männer wurden schließlich verurteilt und inhaftiert. „Ich habe das Vertrauen in unser Rechtssystem völlig verloren. Wer mehr Geld hat, gewinnt – nicht der, der eigentlich im Recht ist,“ beklagt sich einer der betroffenen Männer.

Austrocknung der Böden

Dirwan Mahmud, der neue Bupati des Süd-Bengkulu-Distrikts, ist einer der wenigen AmtskollegInnen, der versucht, eine Politik umzusetzen, die das Wohl der breiten Bevölkerung zum Ziel hat. „Vor etwa 30 Jahren kam das Palmöl nach Süd-Bengkulu, die lokale Regierung war an den Plantagen beteiligt. Die negativen Auswirkungen auf die Umwelt machten sich bald bemerkbar. Palmöl verbraucht nämlich sehr viel Wasser. Während der Trockenzeit gibt es dann kein Wasser mehr und während der Regenzeit gibt es dafür Überschwemmungen. Die Bupati haben die Palmölfirmen willkommen geheißen, ohne an die Folgen für

Mensch und Umwelt zu denken. Sie verschenkten unser Land und bekamen für jeden so genannten „Permit“ einen persönlichen Bonus ausgezahlt. Wir werden diese Permits nun alle überprüfen und gegebenenfalls zurückziehen. Die Menschen wünschen sich, Palmöl wieder durch anderen Kulturen zu ersetzen. Kulturen, die Nutzen bringen und umweltfreundlich sind.“, führt Dirwan aus. Wir verlassen South-Bengkulu mit dem guten Gefühl, dass es auch anders geht. Zenzi, unser Kollege von WALHI, hofft, dass Dirwan Mahmud und seine Politik in South-Bengkulu zum Vorbild für andere indonesische Distrikte wird.

Palmöl einschränken, aber wie?

Ein Schritt in Richtung nachhaltigerer Palmölproduktion sind sicherlich Zertifizierungssysteme, wenn sie auch bei weitem nicht alle Probleme lösen können. RSPO, das derzeit am meisten genutzte Zertifizierungssystem für Palmöl, geht zudem

noch nicht weit genug, da es zum Beispiel den Palmöl-Anbau auf Torflandschaften und den Einsatz von hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln zulässt und nicht genug Transparenz in den Lieferketten einfordert. Wir KonsumentInnen können nachhaltigeres Palmöl kaum von Palmöl aus Raubbau unterscheiden. Eines ist allerdings sicher: Selbst wenn wir dies könnten, kann und darf die Verantwortung nicht auf die moralische Entscheidung der KonsumentInnen reduziert werden. Bei vielen Produkten ist es zudem nicht einmal ersichtlich, ob Palmöl überhaupt darin enthalten ist. Es sind hier also sowohl die Politik gefragt, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, als auch die Unternehmen selbst, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Eine nachhaltige Zukunft braucht strukturelle Veränderungen, die einen sozial und ökologisch fairen Handel zur Regel und nicht zur marketingtauglichen Ausnahme machen!

Europas Konsum zerstört die Regenwälder.



Lisa Kernegger studierte Biologie/Ökologie in Wien und Montpellier, war im Joint Research Center (JRC) der Europäischen Kommission tätig und ist seit fast zehn Jahren für GLOBAL 2000 aktiv. Derzeit beschäftigt sie sich hauptsächlich mit den Folgen des Hoch-Konsum-Lebensstils und dessen negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt weltweit.

Martin Wildenberg studierte Ökologie und Soziale Ökologie in Wien und ist seit sieben Jahren für GLOBAL 2000 aktiv. Er beschäftigt sich vor allem mit den globalen Auswirkungen unseres Konsums auf Natur und Mensch, globalen Wertschöpfungsketten, nachhaltigen Transformationen und Impact Measurement.

WIEVIEL FLEISCH VERTRÄGT UNSERE WELT?

Die Weltbevölkerung wird sich bis 2050 von 7,5 auf 10 Milliarden Menschen erhöhen. Können wir Hungersnöte verhindern, indem wir mehr Fleisch produzieren?

Text: Bernhard Wohner

11 Fragen zum Fleisch

1. Warum soll Fleischkonsum für unser Klima schädlich sein? Die Tiere stehen doch in Österreich auf der Weide.

Wie viele Tiere in Österreich jemals auf eine Weide gelangen, ist nicht in öffentlichen Statistiken zu finden. Laut eines Vortrages im Rahmen der Fachtagung mit dem Thema „Tierwohl und Umweltschutz in der Gastronomie“ erhalten in Österreich weniger als 15 Prozent der Rinder Zugang zu einer Weide, bei Schweinen sehen weniger als ein Tier von Hundert in ihrem Leben das Freie.

Auf das Klima wirkt sich die Tierhaltung sowohl auf der Weide, als auch im Stall aus. Durch die Verdauungsprozesse entstehen die besonders klimawirksamen Treibhausgase Methan und Lachgas. In der öffentlichen Debatte wird zumeist über CO₂ gesprochen. Dabei ist Methangas rund 29-mal und Lachgas sogar 265-mal schädlicher für das Klima. Ob diese Treibhausgase im Stall oder auf der Weide produziert werden, spielt für unser Klima keine Rolle. Neben den direkten Emissionen der Tiere ist auch der Anbau der Futtermittel bedeutend. Rinder, die sich auf der Weide von



Ressourcenintensive Ernährung: Um eine Kalorie Fleisch zu erzeugen, werden zwischen zwei und sieben pflanzliche Kalorien benötigt, die den Tieren gefüttert werden.

Gras ernähren, nehmen für den Menschen nicht verwertbares Pflanzenmaterial auf und stehen dadurch mit uns nicht in direkter Nahrungsmittelkonkurrenz. Doch die Weidehaltung hat nicht nur Vorteile, denn die Tiere auf der Weide wachsen langsamer als die im Stall und müssen damit älter werden, um das gleiche Gewicht zu erreichen. Dadurch werden auch über eine längere Zeit Emissionen erzeugt, zugleich ist jedoch kaum Getreideanbau für diese Tiere nötig. Manche Studien kommen dabei zum Ergebnis, dass Tiere auf der Weide pro erzeugtem Kilogramm Fleisch eine höhere CO₂-Bilanz als solche aus dem Stall aufweisen. Den Tieren Auslauf zu geben – egal ob Rindern, Schweinen oder Geflügel – ist aber zumindest artgerechter.

2. Die Weltbevölkerung wird sich bis 2050 von 7,5 auf 10 Milliarden Menschen erhöhen. Können wir Hungersnöte verhindern, indem wir noch mehr Fleisch produzieren?

Nein, denn Hungersnöte werden durch die verstärkte Fleischproduktion sogar angefangen. Um eine Kalorie Fleisch zu erzeugen, werden zwischen zwei und sieben pflanzliche Kalorien benötigt, die den Tieren gefüttert werden. Dadurch entsteht eine unglaubliche Lebensmittelverschwendung. Außerdem war die Nachfrage nach Futtermitteln auch ein Auslöser für die Krise der Grundnahrungsmittelpreise in den Jahren 2007 bis 2008. Damals hatten sich die Preise von Getreide fast verdoppelt. Für viele ärmere Bevölkerungsschichten wurden sie damit unerschwinglich, besonders in den ärmeren Ländern Asiens und im subsaharischen Afrika.

Ein Beispiel: Weltweit werden rund 90 Prozent der Sojaernte und knapp ein Drittel der Getreideernte von Tieren, statt von Menschen gegessen. Diese Mengen allein würden ausreichen, um 3,5 Milliarden Menschen – und damit den bis 2050 prognostizierten Bevölkerungszuwachs – zu ernähren.

HÜHNERSCHENKEL FÜR AFRIKA - ZUM HALBEN PREIS DER LOKALEN PRODUZENTEN.

3. Durch den Sojaanbau werden für das Klima wichtige Regenwälder zerstört. Sind vegan lebende Menschen an dieser Entwicklung schuld?

In Österreich gekaufte Soja-Drinks und Tofu werden im Regelfall aus österreichischem oder europäischem Soja hergestellt, dafür wird kein Regenwald zerstört. Dramatischer ist aber: Wir importieren jährlich rund 70 Kilogramm Soja pro ÖsterreicherIn, die fast ausschließlich für die heimische Tierhaltung verwendet werden, wovon rund 90 Prozent gentechnisch verändert ist. Das meiste Soja stammt aus Argentinien, Brasilien und den USA. Allein in Brasilien wurde in den letzten 15 Jahren eine Waldfläche vier Mal so groß wie Österreich gerodet, auf der sich nun Soja-Monokulturen finden oder Rinder gehalten werden.

4. Kann Österreich oder Europa statt Soja aus Südamerika nicht einfach heimische Futtermittel einsetzen?

Der Selbstversorgungsgrad der EU-Länder mit Soja liegt bei einigen wenigen Prozent. Obwohl Österreich den fünftgrößten Sojaanbau in der EU hat, kann es bei Weitem

nicht genug davon produzieren, um die – durch den hohen Fleischkonsum bedingte Nachfrage – auch nur ansatzweise zu bedienen. Um die gleiche Menge an Eiweiß aus Soja ersetzen zu können, wäre eine größere Menge eines heimischen Ersatzproduktes nötig, wie z.B. Rapsschrot. Dafür gibt es aber weder in Österreich noch in der EU genug landwirtschaftliche Flächen.

5. Fleisch aus europäischer Produktion taucht immer öfter in Afrika auf. Wie kann es sein, dass Hühnchen-Schenkel afrikanische Märkte unter Druck setzen?

Ein Huhn besteht nicht nur aus Brustfleisch und so fallen bei der Schlachtung von Geflügel auch viele Fleischteile an, die wir verwöhnten EuropäerInnen als minderwertig ansehen. Deshalb werden große Teile von geschlachteten Hühnern – aber auch von Schweinen und Rindern – in die Welt und auch nach Afrika exportiert. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Geflügelfleischexporte der EU nach Afrika fast verdreifacht. Afrikanische Geflügelzüchter werden auf diese Weise oftmals wirtschaftlich ruiniert: Die Produktionskosten in Europa belaufen sich mit 1,80 Euro auf nur knapp die Hälfte der Produktionskosten in afrikanischen Ländern.

6. Oft hat man den Eindruck, Fleisch wird im Supermarkt billiger angeboten als Gemüse. Wie kann das sein?

Fleischproduzierende Betriebe müssen weder für die entstehenden Treibhausgas-Emissionen, noch für die gewässerbelastende Gülle der Tiere bezahlen. Das Verursacherprinzip entfällt, denn es fehlen Instrumente, die die entstehenden Umweltkosten und Gesundheitskosten von Fleisch in das Produkt einpreisen.

Zudem ist der Lebensmittelhandel selbst in die Erzeugung von Fleisch eingestiegen, und auch die beinharte Konkurrenz im Rahmen von Preis-Aktionen setzen die Landwirtschaft immens unter Druck, immer billiger Fleisch zu produzieren.

7. Was passiert mit den Millionen Tonnen von Gülle und dem Methangas, die bei der Fleischproduktion entstehen?

Während das in der Viehhaltung entstehende Methangas in die Atmosphäre entweicht und dadurch den Klimawandel weiter antreibt, müssen landwirtschaftliche Betriebe geeignete Entsorgungswege für die anfallende Gülle finden.



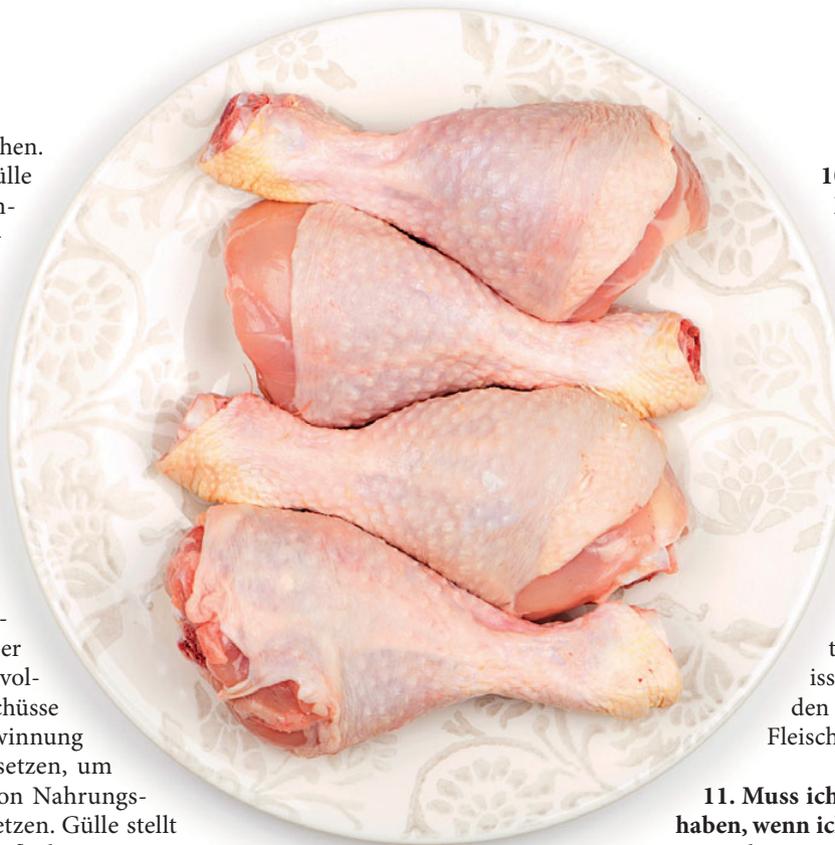
Foto: istockphoto/anna1311

lende Gülle der Tiere suchen. Die stickstoffhaltige Gülle kann durch das Ausbringen auf Feldern den Einsatz künstlicher Düngemittel ersetzen und ist somit im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu begrüßen, doch wird Grünland zum Teil stark überdüngt. Die Menge ausgebrachter Gülle ist in Österreich so hoch, dass dabei nicht immer gesetzliche Grenzwerte auf dem Feld oder als Nitratrückstände im Trinkwasser eingehalten werden. Sinnvoller wäre es, solche Überschüsse vermehrt zur Energiegewinnung in Biogasanlagen einzusetzen, um dort die Verstromung von Nahrungsmitteln wie Mais zu ersetzen. Gülle stellt auch eine Gefahr für Oberflächengewässer dar. Erst im Juli kam es wieder zu einem Gülleaustritt in einem steirischen Schweinemastbetrieb, der ein massives Fischsterben im nahegelegenen Bach auf drei Kilometern Länge zur Folge hatte.

8. Ist es schädlich für meine Gesundheit, wenn ich Schweine-, Hühner- oder Rinderfleisch verzehre?

Zahlreiche Studien bezeugen die gesundheitlichen Vorteile einer vegetarischen oder veganen Ernährung. So lauten z.B. die Erkenntnisse der US-amerikanischen „Adventist Health Study“, dass das Risiko an Bluthochdruck zu leiden, oder an Diabetes oder Krebs zu erkranken, bei einer pflanzlichen Ernährung deutlich geringer ist, als wenn man regelmäßig Fleisch isst. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat im Jahr 2015 den Genuss von verarbeitetem Fleisch, also Wurst oder Schinken, als krebserregend eingestuft. Laut der WHO gilt rotes Fleisch (Rind, Schwein) generell als krebserregend.

9. Hilft es dem Klima oder meiner Gesundheit, Bio-Fleisch zu kaufen?



10. Bio-Fleisch ist teuer. Leben wohlhabende Menschen gesünder, weil sie es sich leisten können?

Eine gesunde Ernährung wird hauptsächlich durch eine Reduktion des Fleischkonsums, oder auch durch den gänzlichen Verzicht erreicht. Empfohlen wird, nicht mehr als drei Portionen Fleisch pro Woche zu essen, in Österreich sind es durchschnittlich fünf Portionen. Wer weniger Fleisch isst, kann das ersparte Geld in den Kauf von heimischem Bio-Fleisch investieren.

11. Muss ich ein schlechtes Gewissen haben, wenn ich Schweinefleisch esse?

In einer Langzeitstudie stellte das Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere fest, dass Rinder aus Bio-Landwirtschaft im Vergleich zu solchen aus konventioneller Haltung doppelt so viele gesunde Omega-3-Fettsäuren enthalten. Das sei vor allem auf die höhere Menge an Grünfütter und ihre Bewegungsfreiheit zu-

**WOHIN MIT DER GÜLLE?
GRÜNLAND WIRD TEILS
ÜBERDÜNGT, NITRATE LAN-
DEN IM TRINKWASSER.**

rückzuführen. Antibiotikagaben sind in der Bio-Haltung streng reglementiert und das Futtermittel wird ohne Einsatz von chemischen Pestiziden angebaut. Gentechnisch verändertes Futter darf nicht eingesetzt werden, womit es unwahrscheinlicher ist, dass Bio-Tieren Soja aus ehemaligen Regenwaldgebieten verfüttert wird. In der Bio-Tierhaltung entstehen jedoch ebenso Treibhausgasemissionen, wodurch pflanzliche Produkte im Vergleich weiterhin wesentlich umweltfreundlicher sind.

Das Schwein gehört zu den intelligentesten Säugetieren. Schweine erkennen sich – wie Elefanten, Delphine und Primaten – selbst im Spiegel, worauf auf eine Form von Selbstbewusstsein geschlossen werden kann. Schweine gelten als besonders sozial, freundlich und loyal und können mehr Kommandos als Hunde lernen. Man geht davon aus, dass die Intelligenz von Schweinen über jene von dreijährigen Kindern hinausgeht. Eine US-amerikanische Studie stellte fest, dass Schweine Videospiele mit Joysticks besser bedienen können als die meisten Primaten. Die ethische Entscheidung, Tiere zu essen, muss aber jeder und jede für sich selbst treffen. Ungeachtet dessen muss die Haltung dieser Tiere verbessert werden. In Österreich lebt ein konventionelles Schwein momentan auf einem Quadratmeter, ohne Möglichkeit zu wühlen oder sich zu suhlen.

Bernhard Wohner studierte Landschaftsplanung, Umwelt- und Bioressourcenmanagement, sowie Agrarpädagogik und arbeitet seit 2013 als Nachhaltigkeitsexperte bei GLOBAL 2000.

TRANSYLVANISCHES TERROIR

In Osteuropa ist Land billig und westliche Investoren kaufen Boden in großem Stil. NGOs sprechen bereits von „Land Grabbing“ und so mancher ausgekaufte Bauer könnte sich im Marchfeld als Billig-Erntehelfer wiederfinden.

Text: Thomas Weber

Auf Lesungen zeitgenössischer Lyrik, bei Filmabenden oder Vernissagen: Wenn in Wien das rumänische Kulturschaffen gastiert, wird gerne „Liliac“ kredenzt; etwa der honiggelbe Muscat Ottonel mit seinem intensiven Lychee-Aroma oder der Red Cuvée, ein feiner Verschnitt der Rebsorten Merlot und Fetească Neagră. Das Unternehmen „Liliac Wines“ unterstützt das Rumänische Kulturinstitut in Wien, sieht sich als Gönner und Förderer der rumänischen Kultur. Dabei ist „Liliac“ ein Markenbotschafter des modernen Rumäniens. Vermarktet als „The Wine of Transsylvania“ mit einer schemenhaften Vampirfledermaus im Logo und damit klar für den Export bestimmt, kombiniert er Klischees im zeitgemäßen Antlitz – während in Siebenbürgen selbst der Wein oft noch in selbst aufgefüllten PET-Flaschen kursiert. Die Links auf der Liliac-Website führen nicht nur auf die eigenen Instagram- und Pinterest-Accounts, sondern verlinken auch auf „Eco Romania“, eine Plattform, die Öko-Tourismus vermarktet. Hier flattert keine Logo-Fledermaus, stattdessen heult im Reich von „Eco Romania“ eine Wolfs-Silhouette gen Nachthimmel. Den Mond dürfen wir mitdenken – wie auch die Fotos der Reiseplattform Sehnsüchte nach



Kampagne: Stop Landgrabbing. Die NGO FIAN hat aufgedeckt, dass die EU im Rahmen ihrer Agrarpolitik vor allem die großen Landbesitzer fördert. Auch in Rumänien.

unberührter Natur wecken. Kultur, das ist hier vor allem Kulturlandschaft und das Ergebnis kleinbäuerlicher – man könnte sagen: sanfter – Landwirtschaft: weite Wiesen, Weideland, Heuschöber, Holzhütten und die hohen Haufen der traditionellen Heuernte. Idylle pur, klar für den Export bestimmt.

Dass „Liliac Wines“ kein klassisches Weingut ist, daraus wird kein Geheimnis gemacht. „Transylvanische Weintrauben treffen auf österreichische Expertise“, verkündet stolz die Website. Das Know-how des Weinmachens liefert der renommierte burgenländische Agrarunternehmer Rudolf



Rumänien, flächenmäßig fast drei Mal so groß wie Österreich, lockt Investoren aus Westeuropa an. Sie kaufen Boden in großem Stil auf, für eine „effiziente“ Bewirtschaftung.

Krizan, das Kapital stammt von der in Wien angesiedelten AMB Holding um den Unternehmer Alfred Michael Beck. Seine Gruppe entwickelt Immobilien in Wien und Prag, baut aktuell einen Business Park in Bukarest und ebenso Hochhäuser in Warschau. Seit 2007 bewirtschaftet AMB in Oltenien – der Kornkammer Rumäniens – 700 Hektar Land. Auf 50 Hektar reifen seit sieben Jahren die Trauben für den „Liliac“ und selbst Wälder hat die Holding aufgekauft. „Aktuell wird noch nach geeigneten Flächen gesucht, die eine effiziente Bewirtschaftung ermöglichen“, heißt es, „Chancen bietet die Initiative auch Investitionspartnern und Mitunternehmern, die sich an der Umsetzung eines rumänischen Forstprojekts beteiligen wollen.“ Unmissverständlich wird hier für wachsende Weltmärkte produziert. Mit den idyllischen Bildern von „Eco Romania“ haben die Kahlschläge der Pellets-Industrie und auch die effizient exportorientierte Weinwirtschaft freilich wenig gemein.

Billiger Boden

Die AMB Holding ist eben so wenig ein Einzelfall wie Rumänien die Ausnahme bleibt für das, was internationale NGOs,

Menschenrechtsaktivisten und lokale Kleinbauernvertreter als „Land Grabbing“ verurteilen. Seit dem EU-Beitritt und der als Bedingung daran geknüpften Land-Liberalisierung haben neben Investoren aus Asien und dem arabischen Raum vor allem Unternehmer aus Österreich und Deutschland hunderttausende Hektar Land gekauft: in Ungarn und Polen (Beitritt: 2004), in Rumänien und Bulgarien (Beitritt 2007). Auch

DAS CREDO „WACHSE ODER WEICHE“ WIRD NUN AUCH IN OST- EUROPA UMGESETZT.

am Balkan, in Kasachstan und Kirgistan sind Investoren hyperaktiv, darunter viele Österreicher und darunter wiederum nicht wenige österreichische Großbauern. Das jahrzehntelang von Agrarfunktionären propagierte Credo des „Wachse oder Weiche“ – welches besagt, dass Bauernhöfe entweder größer zu werden hätten oder eben gleich ganz aufgeben sollten – haben sie nach dem Fall der kommunistischen Regimes im Osten Europas konsequent eingelöst. Nach Schätzungen des österreichischen

Landwirtschaftsministeriums bewirtschaften allein in Ungarn 200 österreichische Agrarbetriebe 200.000 Hektar Land und damit vier Prozent der ungarischen Agrarfläche.

Vom Bauernsterben zur ErntehelferIn

Das in Österreich über Jahrzehnte schleichend erfolgte „Bauernsterben“, das hierzulande immerhin durch soziale Netze abgefedert werden kann, passiert in Rumänien, Polen und Ungarn in Windeseile. Für die EU-Agrarpolitik sind diese Entwicklungen kein alarmierendes Zeichen, sie sieht darin einen notwendigen „Strukturwandel“. Und die massivsten Umwälzungen stehen erst bevor, sie werden von EU-Agrarförderungen sogar noch beschleunigt. Denn diese Förderungen zahlt die EU ab einer Betriebsgröße aus, für die rund 70 Prozent der kleinbäuerlichen Familienbetriebe in Rumänien schlicht zu klein sind. Den Familien bleibt künftig nur, ihr Land zu verkaufen, in eine Stadt zu ziehen oder ins EU-Ausland abzuwandern. Die unmittelbarste Folge dieser Entwicklungen ist also die Landflucht. Denn wirkliche Strategien für die ländlichen Regionen Osteuropas gibt es in der Europäischen Union keine. „Um der Ar-

muttsspirale zu entkommen, finden sich die Betroffenen dann allzu oft als erdbeerpfückende Niedriglohnempfänger auf spanischen Plantagen wieder“, heißt es in einer 2014 erschienenen Studie der NGO FIAN über „Landkonzentration und Land Grabbing in Osteuropa“. FIAN, eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung, weist auch auf die Rolle, die österreichische Unternehmen dabei spielen, hin. Denn auch auf den Feldern des Marchfelds sind schlecht bezahlte ErntehelferInnen aus Rumänien keine Seltenheit.

Warnung vor südamerikanischen Verhältnissen

Als „Land Grabber“ sieht sich die Wiener AMB Holding selbst freilich nicht. 40 Jahre sozialistische Planwirtschaft hätte tiefe Spuren in den Köpfen Rumäniens hinterlassen. Um die Ertragsquote mit jedem Jahr steigern zu können, werde massiv investiert. „Im Sinne eines verantwortungsbewussten Investments ist das Engagement langfristig angelegt. Es gilt, eine Win-Win-Situation für alle zu schaffen – nicht zuletzt für jene Menschen, die täglich auf den Feldern in Stoicanesti arbeiten“, so die AMB Holding. Rumänische Kleinbauernvertreter wie der Siebenbürger Sachse und Biobauer Willy Schuster warnen – etwa in einer Dokumentation von „Spiegel TV“ – vor dieser rasanten Entwicklung und sogar vor südamerikanischen Verhältnissen, die sich gerade im Osten Europas breit machen könnten: wenigen Großgrundbesitzern („sogenannte Investoren“) stünde zusehends ein landloses Proletariat gegenüber. Ein weiteres Problem führt FIAN in sei-

„Voice of the Land“. Der Dokumentarfilm zeichnet nach, was es bedeutet, in Rumänien als Taran, also Kleinbauer und Kleinbäuerin zu leben.



Forderung nach Gerechtigkeit innerhalb der EU. Werden die Fehler der Agrarpolitik - von klimaschädigender Anbauweise bis zur sozialen Problematik - in Osteuropa wiederholt?

ner Land-Grabbing-Studie an: „Die Großkonzerne zielen besonders auf intensiv bewirtschaftete, auf den Export ausgerichtete Monokulturen ab. Damit kommt der land-

SCHON JETZT WERDEN IN RUMÄNIEN 70 PROZENT DER LEBENSMITTEL IMPORTIERT.

wirtschaftliche Ertrag kaum der lokalen Bevölkerung zu.“ Schon jetzt werden in Rumänien 70 Prozent der Lebensmittel importiert. Eine klimaverträgliche Agrarpoli-

tik müsste jedenfalls eine gegenteilige Entwicklung fördern, Ernährungssouveränität und regionale Resilienz zu sichern trachten. Die Entwicklung ist also nicht nur in sozialer, sondern auch hinsichtlich der Klimaproblematik bedenklich.

In der zeitgenössischen rumänischen Literatur wie auch im Filmschaffen gibt es in jüngster Vergangenheit einen auffälligen künstlerischen Gemeinplatz: Protagonisten sind minderjährige Kinder, die sich – monatelang alleine zu Hause gelassen – um jüngere Geschwister, oft noch im Kleinkind-Alter kümmern. Vater und Mutter schicken Geld. Auf den Feldern des Westens ernten sie unser regionales Gemüse, helfen sie Biobauern und Biobäuerinnen beim Unkrautjäten, betreuen und pflegen sie unsere Bettlägerigen und Alten.

Wird in Wien daraus vorgelesen, werden die Filme auf Festivals oder in Programmkinos gezeigt, dann wird im Anschluss daran nicht selten mit einem guten Glas „Lilic“ darauf angestoßen.

Thomas Weber, geboren 1977, lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Herausgeber von „The Gap“ (Magazin für Glamour und Diskurs) und „Biorama“ (Magazin für nachhaltigen Lebensstil). Er ist Autor von „Ein guter Tag hat 100 Punkte.“ (Residenz Verlag, 2014) und des Sachbuch-Bestsellers „100 Punkte Tag für Tag. Miethühner, Guerilla-Grafting und weitere alltagstaugliche Ideen für eine bessere Welt“ (Residenz Verlag, 2016).



Fotos: Wir haben es satt / Kampagne Meine Landwirtschaft; Outskirt

WAHLEN

Roter Touch bei blauer Heimatpartei?

Eine rote-blaue Koalition ist so wahrscheinlich wie seit 30 Jahren nicht mehr. Doch spricht dafür mehr als taktisches Kalkül? Was SPÖ und FPÖ in der Sozialpolitik eint – und was sie trennt.

TEXT: GERALD JOHN

Für eine jahrzehntelange politische Feindschaft ist die Nachred' erstaunlich freundlich. „Lieber eine Koalition mit der SPÖ als mit der ÖVP“, bekennen FPÖ-Politiker in Hintergrundgesprächen. In einer solchen Konstellation bliebe eher der „internationale Shitstorm“ erspart, heißt es, außerdem ließen sich die spannenderen Ministerämter erben. Mehr Handschlagqualität hätten die Sozialdemokraten ebenfalls, außerdem stimme die „Chemie“: FP-Chef Heinz-Christian Strache könne mit Christian Kern einfach besser als mit Sebastian Kurz.

Auch vice versa stehen die Zeichen längst nicht mehr nur auf Ablehnung. Im Burgenland regieren die Roten mit den Blauen, und im Bund hat die SPÖ diese Variante, um sich nicht ausschließlich der ÖVP auszuliefern, entgegen früherer Bekenntnisse prinzipiell eröffnet. Das heißt noch lange nicht, dass es nach der Nationalratswahl am 15. Oktober tatsächlich zu einer rot-blauen Koalition kommt. Aber die Chancen stehen – ein entsprechendes Wahlergebnis vorausgesetzt – so gut wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Inhaltliche Schnittmengen?

Doch abseits taktischer und atmosphärischer Motive: Gibt es auch inhaltliche Schnittmengen zwischen den beiden Parteien, gerade in der für Sozialdemokraten entscheidenden sozialen Frage? Manche Genossen glauben, dass auf diesem Gebiet mit den Freiheitlichen mehr gehen könnte als mit der wirtschaftslastigen ÖVP, andere sehen bloß verkappte Neoliberale. Für beide Ansichten gibt es Anhaltspunkte:



H.C. Strache distanziert sich immer wieder von der einstigen Linie der schwarz-blauen Koalition. Unter seiner Obmannschaft sei die FPÖ eine „ganz andere“ Kraft.

te: Denn in der Sozial- und Wirtschaftspolitik pendelt die FPÖ zwischen den Extremen hin und her.

Über Jahrzehnte fuhr die FPÖ, traditionell eine Partei der Anwälte, Ärzte und auch

Manche Genossen glauben, dass mit der FPÖ mehr gehen könnte, als mit der wirtschaftslastigen ÖVP.

Hoteliers, auf wirtschaftsliberalem Kurs. Dies blieb erst einmal auch unter Jörg Haider so. Als Gegenpol zur sozialpartnerschaftlichen großen Koalition propagierte die FPÖ Privatisierungen, Deregulierung und eine Flat Tax, die Gutverdiener massiv von Steuern befreit hätte. Um neue WählerInnen zu ködern, stilisierte sich Haider

aber auch zunehmend zum Robin Hood der Entrechteten – und stieß so den blauen Aufstieg in der Arbeiterschaft an.

Dies galt auch für die Zeit der schwarz-blauen Regierung ab dem Jahr 2000 – rhetorisch. Tatsächlich zahlte für das Prestigeprojekt des Nulldefizits im Budget aber der „kleine Mann“ die Zeche, analysierte der damalige Wifo-Chef Helmut Kramer: „Die Konsolidierungsmaßnahmen trafen und treffen besonders die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen.“ In der Folge gab es zwar eine Steuersenkung, doch nach fünf schwarz-blauen Jahren stiegen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen laut Rechnung der Arbeiterkammer mit einem Minus aus. Für die Unternehmen be-

legte die Bilanz hingegen eine satte Entlastung.

Das Gefühl, von Industrie und ÖVP „gelegt“ worden zu sein, hatte sich auch in den freiheitlichen Reihen ausgebreitet – eine Triebfeder für den Funktionärsaufstand von Knittelfeld, der Partei und Regierung ins Chaos stürzte. Strache selbst distanziert sich immer wieder von der einstigen schwarz-blauen Linie: Unter seiner Obmannschaft sei die FPÖ eine „ganz andere“ Kraft.

FPÖ: Nein zu Erbschafts- und Vermögenssteuern

Als „soziale Heimatpartei“ verkaufen sich Strache und die Seinen heute. Sie bekämpfen im Gleichklang mit linken Globalisierungskritikern Freihandelsabkommen, lehnen die Ausweitung der Höchstarbeitszeit auf generell zwölf Stunden pro Tag ab und würden den Koalitionspartner wohl auch nicht mit dem ewig wiederkehrenden Ruf nach einer Pensionsreform nerven: Diesbezügliche Forderungen beschränkten sich analog zur SPÖ bislang auf die Kürzung von „Luxuspensionen“. Gegenüber ArbeitnehmerInnen präsentiert sich die FPÖ spendabel, vom Mindestlohn bis zur Familienbeihilfe gilt: Es soll immer noch ein bisschen mehr sein. Erhöht der Sozialminister die Ausgleichszulage für einen Teil der Bezieher auf 1.000 Euro, setzen die Blauen einen drauf und verlangen eine Mindestpension für alle von 1200 Euro. Allerdings tut sich eine oppositionelle Protestpartei leicht, Finanzierungsfragen nonchalant zu übergehen – und so fordert Strache nicht nur soziale Wohltaten, sondern auch breite Entlastungen. Zwar spricht er davon, die Gruppenbesteuerung, einen lukrativen Vorteil für Konzerne, abzuschaffen; doch generell will die FPÖ Steuern massiv zurückfahren.

Den Herzenswunsch der roten Basis wollen die Freiheitlichen folglich nicht erfüllen: Zu Erbschafts- und Vermögenssteuer sagen sie ebenso strikt Nein wie die ÖVP. Die Registrierkassenpflicht für Gewerbebetriebe, für

die SPÖ ein wichtiger Schritt gegen Steuerbetrug, würde Strache in der Regierung am liebsten wieder abschaffen, gegen die Aufweichung des Bankgeheimnisses hat er vehement opponiert.

Wirtschaftsliberal versus Sozialstaat

Für entlarvend hält der Ökonom Stefan Schulmeister diese Positionen. Neoliberaler Geist stecke vor allem hinter der von der FPÖ propagierten Senkung der Steuer- und Abgabenquote von 44 auf 40 Prozent der Wirtschaftsleistung. Zwar habe die Verwaltung da und dort Speck angesetzt, doch zum Großteil seien die vielzitierten „Strukturreformen“, die Strache zur Gegenfinanzierung verspricht, „eine ideologische Fata Morgana“, sagt Schulmeister: „Am Ende zahlen jene drauf, die auf Leistungen des Staates angewiesen sind.“

„Die FPÖ spricht für die Kleinen, macht aber Politik für die Großen.“ Stefan Schulmeister

Im Kern wiederhole sich die Geschichte: „Die FPÖ spricht für die Kleinen, macht aber Politik für die Großen – und ist zu geschickt, um das zu erkennen zu geben“, urteilt Schulmeister, dem nur ein Unterschied zur früheren Strategie ins Auge sticht: Anders als Haider, der die „Fleißigen und Anständigen“ beschworen hat, halte sich Strache bei Sozialschmarotzerdebatten zurück. Man will ja nicht die Arbeitslosen im eigenen Elektorat vergrätzen.

Für Bürger mit ausländischem Pass gilt das allerdings nicht: Das blaue Prinzip, Ausländer quer durch das Sozialsystem zu benachteiligen, ist eine weiterer Widerspruch zu sozialdemokratischen Prinzipien. Der Spruch „Unser Geld für unsere Leut“ ertönt zwar auch an der roten Basis, doch ein großer Teil der Funktionärs- und Führungsschicht – zumindest westlich des Burgenlandes – vertritt diese Haltung bisher nicht. Beim Streit über die Mindestsicherung blieb die Bundes-SPÖ beim Nein zu

selektiven Kürzungen für Flüchtlinge.

Ein absolutes No-Go für die SPÖ: Der Wirtschaftsflügel der FPÖ forderte, von den Kollektivverträgen, die ArbeitnehmerInnen Rechte und Lohnniveau garantieren, abzurücken. Eine reine Gedankenspielerlei, die nicht Parteilinie sei, versicherte Strache bereits, doch eines zeigt die Episode: eine Kluft zwischen proletarisch gefärbten Kadern im Osten und dem in Richtung Westen dominanteren Unternehmertum.

Zuletzt schlug das Pendel, wohl auch aus Wahltaktik, mehrmals in die wirtschaftsliberale Richtung aus. So stellte Strache die Pflichtmitgliedschaft für die Kammern in Frage – eine Provokation für die an der Sozialpartnerschaft hängenden Sozialdemokraten. In eine ähnliche Kategorie fällt, dass die FPÖ Barbara Kolm, Leiterin des strikt marktgläubigen Hayek-Instituts, als Kandidatin für den Rechnungshof nominierte. Wie das zur sozialen Heimatpartei passt? Auf den Spuren des Ökonomen Friedrich August von Hayek, der im Sozialstaat den „Weg zur Knechtschaft“ beginnen sah, wolle die FPÖ keinesfalls wandeln, sagte Generalsekretär Herbert Kickl unlängst im Standard: „Wir sind bestimmt keine Neoliberalen, sondern wollen einen Sozialstaat auf hohem Niveau.“ Schlägt sich dieses Ziel nicht mit den Plänen, Steuern und Abgaben um mehr als zehn Milliarden zu senken? „Nur wenn man das dogmatisch verblindet sieht“, glaubt Kickl: Zurückgestutzt gehöre der Staat dort, wo sich dieser nicht auf Hilfe beschränke, sondern „die Menschen besachwaltet und in die Abhängigkeit treibt“. Ob all das als Grundlage für einen rot-blauen Pakt taugt? Dies wird sich wohl erst herausstellen, wenn konkrete Koalitionsverhandlungen anstehen. Dass Parteien dabei mitunter sehr flexibel mit früheren Bekenntnissen umgehen, hat im Jahr 2000 gerade die FPÖ bewiesen – allerdings in eine Richtung, die Sozialdemokraten nicht gefallen konnte.

Gerald John ist Innenpolitikredakteur der Tageszeitung „Der Standard“.

WAHLPROGRAMME

Hartz-IV für Österreich?

Wir wollten wissen, wie sozial die politischen Parteien tatsächlich sind und haben das Netzwerk „arbeit plus“ um eine Analyse gebeten. Hier ein Überblick anhand von vier diskursgebenden Grundwerten: existenzsichernde Arbeit; Gleichstellung am Arbeitsmarkt; qualitätsvolle soziale Sicherungssysteme und Pensionen; Integration von Geflüchteten und MigrantInnen.

TEXT: JUDITH PÜHRINGER, FELIX WOHLGEMUTH
ILLUSTRATION: EVA VASARI

Existenzsichernde Arbeit schaffen

Die SPÖ möchte durch Steuer- und Lohnkostensenkungen und mit der Beschäftigungsgarantie für Menschen über 50 Jahre 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Alle Einkommen bis zu 1.500 Euro sollen von der Steuer befreit werden. Im Ausgleich zur Anhebung der Höchttagesarbeitszeit auf 12 Stunden sollen ArbeitnehmerInnen das Recht auf Änderung ihres Arbeitszeitmaßes bekommen. Die Gegenfinanzierung soll hauptsächlich durch eine striktere und höhere Besteuerung von Großkonzernen erfolgen.

Die ÖVP plant die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent zu reduzieren und will somit indirekt Arbeitsplätze schaffen. Einsparungen bei Förderungen und Sozialleistungen sollen diese Steuersenkungen finanzieren. Bezüglich Mindestlohn und Arbeitszeit erwartet die ÖVP, dass die Sozialpartner sich verständigen.

Die FPÖ hat ihr geplantes Wirtschaftsprogramm noch nicht veröffentlicht. Laut Heinz-Christian Strache planen auch sie die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken. Ihre Forderung nach „gerechten Einkommen zum Auskommen“ möchte die FPÖ mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 1.600 Euro brutto erreichen.

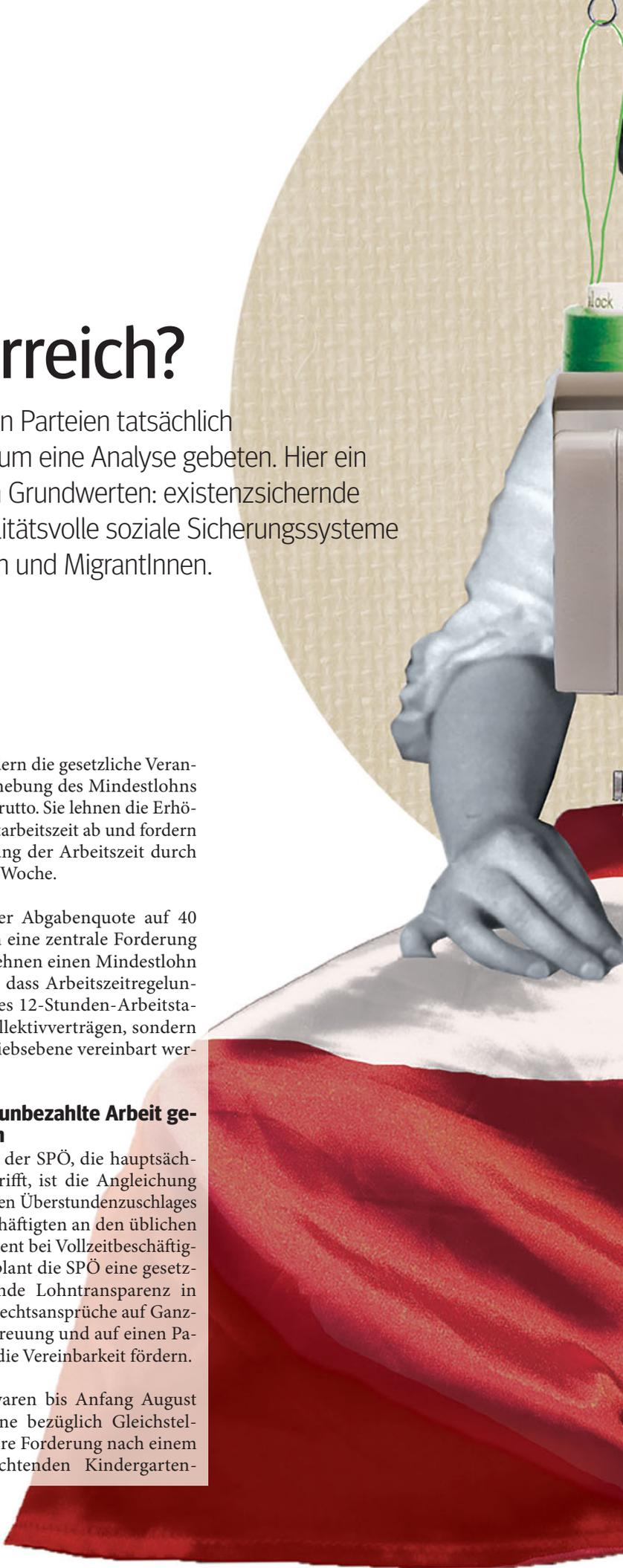
Die Grünen fordern die gesetzliche Verankerung und Anhebung des Mindestlohns auf 1.750 Euro brutto. Sie lehnen die Erhöhung der Höchstarbeitszeit ab und fordern eine Umverteilung der Arbeitszeit durch eine 35 Stunden Woche.

Die Senkung der Abgabenquote auf 40 Prozent ist auch eine zentrale Forderung der NEOS. Sie lehnen einen Mindestlohn ab und fordern, dass Arbeitszeitregelungen, inklusive des 12-Stunden-Arbeitstages, nicht in Kollektivverträgen, sondern flexibel auf Betriebsebene vereinbart werden können.

Bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht verteilen

Eine Forderung der SPÖ, die hauptsächlich Frauen betrifft, ist die Angleichung des 25-prozentigen Überstundenzuschlages von Teilzeitbeschäftigten an den üblichen Satz von 50 Prozent bei Vollzeitbeschäftigten. Zusätzlich plant die SPÖ eine gesetzlich verpflichtende Lohntransparenz in Unternehmen. Rechtsansprüche auf Ganztages-Kinderbetreuung und auf einen Papamonat sollen die Vereinbarkeit fördern.

Bei der ÖVP waren bis Anfang August noch keine Pläne bezüglich Gleichstellung bekannt. Ihre Forderung nach einem zweiten verpflichtenden Kindergarten-





„arbeit plus“, das österreichweite unabhängige Netzwerk von 200 gemeinnützigen Sozialen Unternehmen, setzt sich für ein Leben ohne Armut, eine gute und qualitätsvolle Arbeit für alle Menschen, Gleichstellung und Teilhabe am Arbeitsmarkt in der Gesellschaft ein.

jahr wurde hauptsächlich mit der Integrationsfunktion für Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen verknüpft.

Die FPÖ spricht sich klar gegen Quotenregelungen und Politik auf Basis des „Konzepts von Gender“ aus. Sie fordern allgemein die Umsetzung von Maßnahmen zur Schaffung von echter Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern sowie stärkere Unterstützung von Alleinerzieherinnen.

Eine ältere Forderung der Grünen ist die Schaffung von 10.000 geförderten Jobs für Frauen. Lohntransparenz soll durch Sanktionierung von Unternehmen, die es verümen ihre Einkommensberichte zu ver-

FPÖ und NEOS fordern eine Senkung der Abgabenquote auf 40 Prozent.

öffentlichen, erreicht werden. Die Grünen fordern auch einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr sowie einen automatisierten und erweiterten Papamonat zur Verbesserung der Vereinbarkeit.

Die NEOS möchten, dass Frauen uneingeschränkt am Arbeitsmarkt partizipieren können und nicht durch „falsche staatliche Anreize“ von Arbeit abgehalten werden. Auch sie fordern einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 2. Lebensjahr.

Ein unterstützendes Sozialsystem für Alle

Die SPÖ möchte am jetzigen Mindestsicherungssystem und an der Arbeitslosenversicherung festhalten. Ab 45 Beitragsjahren soll es eine Pensionsgarantie geben. Um die Pflege durch einen Pflegegarantiefonds langfristig finanzieren zu können, fordert die SPÖ eine zweckgebundene Erbschafts- und Schenkungssteuer ab einer Million Euro.

Laut ÖVP soll der Sozialstaat stärker auf Eigenverantwortlichkeit ausgerichtet werden. Für Ältere plant die ÖVP, pflegende Angehörige zu entlasten. Der #innovationsbericht_sozial (der von Sebastian Kurz geleiteten Politischen Akademie) schlägt vor, die betrieblichen und privaten Pensionsversicherungen auszubauen. Das Pensionsantrittsalter soll flexibilisiert werden. Der Bezug der Mindestsicherung soll zeitlich begrenzt und auf 1.500 Euro pro Haushalt gedeckelt werden. Es sollen vermehrt Sachleistungen eingesetzt werden. Arbeits- bzw. Integrationsunwilligkeit soll sanktioniert werden – was aber bereits jetzt der Fall ist. Zudem hat das ÖVP-geführte Finanzministerium überprüfen lassen, welche Auswirkungen eine Umsetzung der deutschen Hartz-IV-Reform in Österreich hätte.

Die FPÖ plant Sozialleistungen stärker an die österreichische StaatsbürgerInnenschaft zu binden. Strache fordert, dass alle Personen, die noch nie in das österreichische Sozialsystem eingezahlt haben, keine Geldleistung, sondern nur Sachleistungen erhalten. Das beinhaltet medizinische Versorgung, Verpflegung, Unterkunft und 40 Euro „Taschengeld“ im Monat. Für ältere Menschen möchte die FPÖ das Pflegegeld erhöhen und jährlich an die Inflation anpassen. Das staatliche Pensionssystem soll harmonisiert und ab 45 Beitragsjahren soll der Pensionsantritt ohne Abschläge garantiert werden.

Die Grünen möchten das Arbeitslosengeld sowie die Notstandshilfe jährlich an die Inflation anpassen und die Anrechnung des PartnerInneneinkommens auf die Notstandshilfe abschaffen. Sie lehnen die Deckelung der Mindestsicherung ab. Die Mindestsicherung soll wieder bundesweit vereinheitlicht und ausgebaut werden. Sie fordern ein harmonisiertes Pensionsrecht für alle mit einer Beitragshöhe und einer Berechnungsregeln. Für alle ab 65 Jahren soll es eine steuerfinanzierte Grundpension geben und die Gesamtpension (Grund- und Erwerbspension) soll gedeckelt werden. Versicherungsbeiträge von Paaren sollen beiden PartnerInnen in gleicher Höhe zu Gute kommen.

Die NEOS planen, die Notstandshilfe und die Mindestsicherung zusammenzulegen

sowie die Höhe des Arbeitslosengeldes stufenweise mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Das soll stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Daher soll es bei der neuen Mindestsicherung auch Möglichkeiten des Zuverdiensts geben. Für Ältere planen die NEOS, ein automatisches Pensionssplitting einzuführen und den Pensionsantritt zwischen 61 und 69 Jahren zu flexibilisieren. Das öffentliche Pensionssystem soll durch private Finanzierungsmodelle gestützt, die Berechnungsgrundlage harmonisiert werden.

Den Arbeitsmarkt integrativ gestalten

Laut SPÖ soll der Arbeitsmarkt für Wirtschaftssektoren mit hoher Arbeitslosigkeit auf schon in Österreich gemeldete Arbeitslose beschränkt werden. Asylsuchende sollen durch ein „Fast-Track-System“ in Mangelberufsfelder gebracht und Jugendliche durch Colleges qualifiziert werden.

Der ÖVP-Finanzminister ließ prüfen, welche Auswirkungen die Hartz-IV-Reformen in Österreich hätten.

Die konkreteste sozialpolitische Forderung des ÖVP-Spitzenkandidaten Sebastian Kurz ist, die Neuzuwanderung in das Sozialsystem zu stoppen und die Ausgaben für AusländerInnen zu reduzieren. Die Familienbeihilfe für ArbeitnehmerInnen, deren Kinder nicht in Österreich wohnen, soll an das dortige Lohnniveau angepasst werden. Generell sollen EU-BürgerInnen erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Österreich Anspruch auf Sozialleistungen bekommen. Die Sozialleistungen für Asylberechtigte sollen bei Nichtteilnahme an Deutsch- und Wertekursen gekürzt werden.

Um österreichische ArbeitnehmerInnen zu schützen, plant die FPÖ (wie auch die SPÖ) den Arbeitsmarkt sektoral zu schließen und das Ausländerbeschäftigungsgesetz restriktiv zu überarbeiten. Sozialleistungen für AusländerInnen sollen generell beschränkt und gestrichen werden. Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, die eine Arbeitsstelle am regulären Arbeitsmarkt finden, sollen durch eine 10-prozentige Sondersteuer die Kosten für die Integration teilweise zurückzahlen. Sprachkurse sollen AusländerInnen

selbst bezahlen. Wer die Integrationsvereinbarungen nicht erfüllt, verliert die Aufenthaltsberechtigung.

Die Grünen lehnen die Kürzung der Familienbeihilfe für nicht in Österreich wohnende Kinder ab und möchten die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt beschleunigen. Qualifikationen sollen rasch anerkannt werden und AsylwerberInnen sollen maximal sechs Monate nach dem Beginn ihres Verfahrens Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt bekommen.

Die NEOS fordern, dass die Grundversorgung und die Mindestsicherung Bundeskompetenzen werden und dass diese an die Residenzpflicht gekoppelt werden. Bildungsabschlüsse sollen schneller anerkannt und Hochqualifizierte direkt in ihrem Heimatland angeworben werden. AsylwerberInnen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit sollen nach sechs Monaten einen effektiven Zugang zum Arbeitsmarkt und Qualifizierungsmaßnahmen erhalten.

Informieren, vergleichen und wählen gehen

Für ÖsterreicherInnen sind – laut einer aktuellen Umfrage des Market Instituts – das Programm sowie die Leistung einer Partei die wichtigsten Gründe sie zu wählen. Es bleibt nur mehr wenig Zeit, die Programme zu vergleichen und nachzufragen.

Bislang haben nur SPÖ und NEOS ein Wahlprogramm veröffentlicht. Gerade im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind jedoch Details entscheidend. Für die große Zukunftsfrage der Finanzierung des Sozialsystems braucht es nicht nur eine Antwort, sondern einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Insofern gilt: Nachfragen, nachhaken, Meinung bilden und wählen gehen!

Judith Pühringer ist Expertin für Arbeitsmarktpolitik und Geschäftsführerin von „arbeit plus“.

Felix Wohlgenuth ist Experte in Vergleichender Sozialpolitik und bei „arbeit plus“ für Europäische Projekte zuständig.

RECHTSPOPULISMUS

„Die Bekämpfung der AfD bedarf keiner Strategie“

Burkard Dregger ist CDU-Abgeordneter und Innenpolitischer Sprecher der Partei. Ein Gespräch über den richtigen Umgang mit rechtspopulistischen Parteien, warum eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen ist und warum die CDU den liberalen Islam fördert.

INTERVIEW: MUHAMED BEGANOVIC

Die Rechtspopulisten, wie zum Beispiel die AfD oder die FPÖ gewinnen immer mehr an Stimmen. Es gibt Politiker aus der Mitte des politischen Spektrums, die sich die rechte Rhetorik aneignen, um Wähler abzufangen. Welcher Umgang mit rechtspopulistischen Parteien ist am sinnvollsten?

Rechtspopulistische Abgeordnete haben keine geringere demokratische Legitimation als linkspopulistische Abgeordnete. Ich empfehle, sich mit ihren Positionen inhaltlich auseinander zu setzen. Nur wer die inhaltliche Auseinandersetzung durch überzeugende Argumentationskraft und

**„Es ist das
prioritäre Ziel, die
AfD überflüssig zu
machen.“**

Glaubwürdigkeit gewinnt, kann den Kampf gegen Populisten gewinnen. Wer hingegen die inhaltliche Auseinandersetzung scheut und sich aus Bequemlichkeit darauf beschränkt, den Populisten ihren Populismus vorzuwerfen, kapituliert und wird die Wähler nicht überzeugen.

ZUR PERSON

Burkhard Dregger ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses „Terroranschlag Breitscheidplatz“ und Mitglied des Präsidiums der Berliner CDU.



Die AfD hintertreibt die große Aufgabe, aus dauerhaft bei uns lebenden Zuwanderern treue Staatsbürger zu machen.

Konkret zur AfD: Gibt es eine Strategie für den Umgang mit der AfD nach den Bundestagswahlen?

Die Bekämpfung der AfD bedarf keiner Strategie. Derzeit verliert die AfD an Zustimmung, und zwar erheblich. Wir Demokraten müssen nur unseren Job machen: Kompetenter und glaubwürdiger sein in der Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Die AfD bringt im Berliner Abgeordnetenhaus fast nichts Brauchbares zustande. Daher wird sie verlieren, wenn wir besser und glaubwürdiger sind. Und das sind wir.

Sind rechtspopulistische Parteien eine demokratiepolitische Gefahr? Es ist ja doch so, dass die Demokratie eine Partei wie die AfD erst ermöglicht.

Nein, Parteien wie die AfD sind keine Gefahr für die Demokratie. Es ist völlig unnötig, immer auf Rechtspopulisten wie die AfD zu schauen wie das Kaninchen auf die Schlange. Eine Gefahr für die Demokratie wäre es, wenn ihre demokratischen Wettbewerber es nicht vermögen, die Wähler der AfD zurückzugewinnen. Das geht nur durch die besseren Argumente und Glaubwürdigkeit im politischen Streben nach Gerechtigkeit und dem Schutz der Interessen des eigenen Volkes.

Wäre für die CDU eine Koalition mit der AfD denkbar? Oder sind die Meinungen innerhalb der Partei zu unterschiedlich?

Eine Koalition kommt nicht in Frage. Sie wird nicht nötig sein zur Mehrheitsbildung. Und es ist das prioritäre Ziel, die AfD überflüssig zu machen und sie zum Verschwinden zu bringen.

Welche Themen bzw. Positionen sind Ausschlussgründe für eine Koalition?

Da fallen mir bei den Linkspopulisten mehr Punkte ein. Bei der AfD aber ist der entscheidende Ausschlussgrund, dass es in ihrer Führungsebene dumme Rassisten gibt, dass sie es darauf anlegt, das eigene Volk zu spalten und die große Aufgabe zu hintertreiben, aus dauerhaft bei uns lebenden Zuwanderern treue Staatsbürger zu machen, eine Grundvoraussetzung für den Erfolg unseres Landes in der Zukunft.

Es gibt Politiker aus Ihren eigenen Reihen, die Ihre Meinung nicht teilen. Ein CDU-Politiker, Herr Klaus-Peter Willsch, hat sich unlängst für eine Zusammenar-

beit mit der AfD ausgesprochen. Was sagen Sie dazu?

Das ist kurzsichtig.

Ein wichtiges Wahlkampfthema ist Integration. Die AfD hat sich klar dazu geäußert. Sie, Herr Dregger, sind pro-Integration und sehr aktiv in dem Bereich. Was müssen Parteien, die Rechtspopulisten Paroli bieten wollen, in diesem Bereich – zusätzlich – machen? Anders gesagt: Was muss geschehen, um dieses Thema nicht den Rechtspopulisten zu überlassen?

Machen wir aus Zuwanderern treue Staatsbürger. Grenzen wir sie nicht aus, sondern holen wir sie in unsere Mitte, damit sie uns und unsere Werte kennenlernen und übernehmen. Das ist eine zutiefst patriotische Aufgabe. Dadurch helfen wir mit, dass die Menschen ihre Vorbehalte gegen Zuwanderer verlieren und die AfD keine Ängste schüren kann. Und machen wir den Zuwanderern, die nicht treue Staatsbürger werden wollen, klar, dass sie dann nicht dauerhaft zu unserem Land gehören können.

„Wir Demokraten müssen nur unseren Job machen: Kompetenter und glaubwürdiger sein.“

Die CDU fördert seit kurzem auch liberalere Strömungen des Islam. Warum eigentlich?

Wir wollen, dass sich die Muslime in Deutschland als Deutsche identifizieren. Hierfür ist es nicht zielführend, Muslime auszugrenzen oder ihre Religion zu bekämpfen. Ziel muss es vielmehr sein, dass die religiösen Prägungen der Zuwanderer an die Rechts- und Werteordnung unseres freiheitlich-demokratischen Landes angepasst werden. Auch das geht nicht durch Ausgrenzung. Sondern wir müssen die Reformbereitschaft der muslimischen Strömungen durch intensive Befassung mit ihnen wecken und fördern. Dazu brauchen wir auch die liberalen Muslime, die diesen Weg der Reform bereits gehen.

Anis Amri war ein Muslim mit radikalen Einstellungen. Solche Menschen und Ideologien sind verwerflich und gehören bekämpft. Sie haben gesagt, dass sie mit liberalen Muslimen zusammenarbeiten. Wie definiert man „liberalen Islam“?

Wir arbeiten mit allen muslimischen Strömungen zusammen, die nicht verfassungsfeindlich agieren. Aber wir legen besonderen Wert auf die Einbindung der liberalen Organisationen, die besser als andere erkannt haben, dass die herkömmlichen orientalischen Vorstellungen eines Islam als politisches Staatsmodell mit den Grundsätzen einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Daher stärken wir die Reformer z. B. bei der Schaffung eines Hochschulinstituts für islamische Theologie an der Humboldt-Universität in Berlin. Dort hat es die SPD-geführte Hochschulverwaltung tatsächlich fertig gebracht, eine Struktur zu schaffen, in der ausschließlich die traditionell-konservativen Islamverbände vertreten sind und die liberalen Islamverbände ausgeschlossen werden. Das hat zur Folge, dass die reformunwilligen Verbände eine Monopolstellung erhalten und die Reformkräfte ausgegrenzt werden. Einen derartigen Dilettantismus kann kein vernünftiger Mensch verstehen. Wir, die CDU, werden weiterhin mit allem Nachdruck auf die Korrektur dieses schlimmen Fehlers hinwirken und scheuen keine öffentliche Auseinandersetzung.

Die AfD hat auch bestimmte Meinungen über den Islam. Ist die Förderung der liberalen Strömungen ein Versuch, der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man ihnen positive Islam-Beispiele vorhalten kann?

Wir betreiben unsere Integrationspolitik nicht wegen der AfD. Unsere Vorstellungen sind auch viel älter als die AfD. Sie sind nicht wegen der AfD entwickelt worden. Die AfD ist in dieser Frage und für die Ausrichtung unserer Politik völlig irrelevant. Wir verfolgen unsere Politik, weil sie das Beste für unser Land ist.

Sie sind auch Vorsitzender im Amri-Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses. Das Interesse an diesem Ausschuss ist riesig. Wie reagiert die Bevölkerung darauf?

Die Bevölkerung ist durch diverse Medienberichterstattungen und Äußerungen des Berliner Innensenators Geisel (SPD) über etwaige Versäumnisse der Sicherheitsbehörden stark irritiert worden. Deshalb erwartet die Öffentlichkeit rückhaltlose Aufklärung. Allein die Tatsache, dass



Europa und der Rechtspopulismus.

- Parteien im Parlament vertreten.
- Parteien an der Regierung beteiligt.
- Rechtspopulisten stellen den Regierungschef.

sich jetzt der Untersuchungsausschuss damit eingehend beschäftigt, hat bereits zu einer gewissen Beruhigung geführt. Es ist allen klar, dass etwaige Fehler identifiziert und abgestellt werden müssen, um die Terrorabwehr in der Zukunft zu verbessern.

Wie wird sich dieser Ausschuss auf die Wahlen auswirken?

Die Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger ist das Top-Thema in Deutschland. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Wohlstand treten dahinter weit zurück. Die Bevölkerung erwartet von der Politik, dass alles Mögliche unternommen wird, um Terror zu verhindern. Im Bundesland Berlin regiert derzeit eine Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen, die in diesem Bereich schlicht nichts unternimmt, die den Kopf in den Sand steckt und hofft, dass kein weiterer Anschlag mehr passiert. Sie verweigert der Polizei die nötigen gesetzlichen Ermächtigungen, die in den meisten anderen Bundesländern vorhan-

den sind, z.B. Schleierfahndung, elektronische Fußfessel zur Überwachung potentieller Gefährder, Unterbindungsgewahrsam gegen potentielle Gefährder, Videoüberwachung an neuralgischen öffentlichen Plätzen. Daher wissen die meisten Deutschen inzwischen, dass sie die bestmögliche Sicherheit nur bekommen, wenn die nächste Bundesregierung von CDU und CSU angeführt wird.

„Sollte die FPÖ inhaltlich so schwach wie die AfD sein, wird sie keine politische Zukunft haben.“

Kommen wir zurück zum Thema Rechtspopulismus. Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert, dass Parteien stärker in die Mitte rücken. Andere Stimmen aus der CDU, wie der zuvor erwähnte Klaus-Peter Willsch, schlagen eine Annäherung an Rechts vor. Was wäre nun die passendere Strategie gegen Rechtspopulismus? CDU und CSU müssen weiterhin das gesamte demokratische Spektrum vom rechten Rand bis an den linken Rand der Mitte abdecken. Das funktioniert, wenn sie mehrere politische Führungsköpfe hinter unserer Kanzlerin hervorbringt, die die

verschiedenen Richtungen glaubwürdig repräsentieren.

Beobachten Sie die politische Lage in Österreich? Hier gewinnt die FPÖ immer mehr an Popularität. Auch Politiker aus dem Mitte-Rechts-Lager wie wie Sebastian Kurz äußern sich immer schärfer, um die Menschen aus dem rechten Spektrum anzusprechen. Wie beurteilen Sie die Lage in Österreich?

Nach meiner Wahrnehmung ändern auch in Österreich politische Verantwortungs-träger ihre Schwerpunkte, wenn das Wohl des Landes das erfordert. Wenn Sebastian Kurz die Flüchtlingspolitik restriktiver gestalten möchte, dann macht er das vermutlich, weil es aus seiner Sicht für das Wohl Österreichs das Beste ist. Ich glaube hingegen nicht, dass er jeden Tag nur fragt, was die anderen Parteien vertreten.

Halten Sie es für wahrscheinlich, dass die regierenden Sozialdemokratische Partei eine Koalition mit der FPÖ eingehen wird?

Für Österreich kann ich das nicht beurteilen. Ich erwarte wenig Skrupel bei deutschen Sozialdemokraten, wenn es um den konkreten Machterhalt geht. In Deutschland hat die SPD auf Landesebene bereits mehrfach Koalitionen mit der Linkspartei geschlossen. Die ist keinesfalls ein besserer demokratischer Koalitionspartner als die AfD.

Sehen Sie Unterschiede zwischen der AfD und der FPÖ?

Ich kann nicht beurteilen, ob die FPÖ ähnlich schwach und inkompetent besetzt ist wie die AfD, ob sie sich ebenso darauf beschränkt, schlechte Stimmung und Unzufriedenheit zu verbreiten, ohne konstruktive Lösungsvorschläge zu machen und ob sie ebenso nur ein politisches Thema – die Flüchtlinge – zu bearbeiten versucht wie die AfD. Sollte die FPÖ so schwach wie die AfD sein, wird sie keine politische Zukunft haben.

Muhamed Beganovic wurde vor 28 Jahren in Mazedonien geboren, verbrachte zehn Jahre seiner Kindheit in Skopje, sechs Jahre seiner Pubertät in den Niederlanden und lebt seither in Österreich. Er arbeitet als freier Autor und Redakteur und schrieb u.a. für die Zeitschrift „Das Biber“ und die „Wiener Zeitung“.

KRIEGSBERICHTERSTATTUNG

„Ist das nicht gefährlich, so als Frau?“

Im Kongo ist Gewalt wie in allen langjährigen Kriegsgebieten ein Normalzustand auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Eine kritische Betrachtung, wie der Journalismus darüber berichtet.

REPORTAGE UND FOTOS: SIMONE SCHLINDWEIN

Ist das nicht gefährlich als Frau?“, werde ich stets gefragt, wenn ich von meiner Arbeit als Journalistin im Kriegsgebiet der Demokratischen Republik Kongo berichte. „Da werden doch die Frauen vergewaltigt“, heißt es stets als Erklärung für die Frage.

Neun Jahre arbeite ich mittlerweile schon im Ostkongo. In dieser Zeit habe ich unzählige vergewaltigte Frauen getroffen und noch mehr Vergewaltigern und Mördern in Uniform die Hände geschüttelt. Über 50 Rebellengruppen machen dort den Dschungel unsicher, täglich werden es mehr. Irgendwann habe ich aufgehört sie zu zählen.

Irgendwann habe ich auch aufgehört, auf die Frage nach der Gefahr zu antworten. Klar ist: Journalismus in Krisengebieten ist immer gefährlich. Nicht nur im Kongo, sondern in Syrien, Irak oder Afghanistan sowie jüngst auch in der Türkei, der Ukraine oder gar in Ostdeutschland, wo Journalisten als „Lügenpresse“ beschimpft und angegriffen werden. Was den Kongo für uns weibliche Journalistinnen angeblich so gefährlich macht, ist dieses Vorurteil, dass man als Frau immer sofort gleich sexuell missbraucht wird. Das haben wir uns selbst eingebracht.

Unter uns Journalisten und Journalistinnen, die wir schon seit vielen Jahren über

den Kongo berichten, ist ein Running-Gag besonders beliebt. Der geht so: „Kommt ein Filmteam in den Dschungel geflogen und sucht eine vergewaltigte Frau. Es geht zum Dorfältesten und fragt ganz diskret nach. Der bestellt alle Dorfbewohner ein und spricht: 'Wer jemals Opfer sexueller Gewalt geworden ist, erhebe sich!' Alle stehen auf. Auch die Männer.“ Das ist nicht nur ein Witz, sondern auch die bittere Wirklichkeit. Es gibt sie, die Kollegen, die zum ersten Mal im Dschungel aufschlagen, mit dem Auftrag Vergewaltigungen zu dokumentieren.

Bei der sexualisierten Gewalt geht es um eine tief gehende strukturelle Gewalt, die alle betrifft.

Die Gretchenfrage ist dann stets: Wie findet man ein Opfer, „am besten eines, das auch noch gut vor der Kamera darüber reden kann“? Mir wird diese Frage oft gestellt, gerne abends an der Hotelbar. Man verweist diese Kollegen dann an Krankenhäuser wie „Heal Africa“ oder das Panzi-Hospital, die haben sich auf sexuelle Gewalt spezialisiert. Da liegen Tausende Frauen und Mädchen. Alle Opfer.

Der Kongo gilt in der Medienöffentlichkeit als der Schauplatz schlechthin für Vergewaltigung; wer besonders brutale sexu-



elle Gewalt dokumentieren will, reist nach Ostkongo. In den meisten Berichten wird als Grund für diese maßlose sexuelle Gewalt der Rohstoffreichtum des Landes angegeben. Es ginge um Coltan – das Erz, das für die Herstellung von Handys gebraucht wird und auf dem Weltmarkt gefragt ist. „Hörst du die kongolesischen Frauen in deinem Handy schreien?“ – wählte sich einmal eine Aktivistengruppe als Slogan für ihr „fair Phone“. Die Opfer werden instrumentalisiert für eine Marketingkampagne und dem Verbraucher verklickert: Wenn nur alle „faire“ Handys kauften, dann müsste im Kongo keine Frau mehr leiden. Schwachsinn.

Es ist die Verantwortung von uns Journalisten und Journalistinnen, die Zusammenhänge zu verstehen. Bei der endemischen sexualisierten Gewalt geht es weder um Coltan noch um sexuelle Befriedigung,



Ruandische Hutu-Rebellen im Ostkongo. Wird von Vergewaltigungen berichtet, gehen diesen oft Jahre des Terrors vorher, in denen auch junge Männer entführt und getötet werden.

sondern um eine tief gehende strukturelle Gewalt, die nicht nur die Frauen betrifft, sondern alle: Kinder, Alte und auch die Männer. Dass stattdessen die Erklärungsmuster „Rohstoffe“ und „Handy“ auftauchen zeigt, dass wir unseren Job nicht machen und es lieber Aktivisten überlassen, die vermeintlichen Zusammenhänge zu erläutern.

Alle Dorfgrößen kommen, um Opfer zu präsentieren

Auch ich hatte meinen Running-Gag-Moment. Es war 2011 in dem kleinen ostkongolischen Dorf Luvungi. Die UNO hatten gemeldet, dass dort knapp 400 Frauen in nur drei Tagen vergewaltigt worden waren. Da standen wir also, ich und mein männlicher Fotografen-Kollege, auf dem Fußballfeld mitten im Dorf, wo der Hubschrauber gelandet war. Mit Kamera und Notizbuch

ausgestattet: auf der Suche nach vergewaltigten Frauen.

Die erste Station, wie sollte es anders sein, war der Gemeindevorsteher, der wiederum führte uns zum lokalen Polizeichef, der rief den örtlichen Armeekommandeur herbei, welcher noch den Pfleger von der örtlichen Gesundheitsstation hinzu winkte. Etwa zwölf indische, bewaffnete Blauhelmsoldaten begleiteten uns auf Schritt und Tritt – zur Sicherheit, denn dies sei Rebellengebiet, sagten sie. Als die Rebellen wenige Wochen zuvor das Dorf überfallen und vier Tage lang vergewaltigt hatten, waren die Blauhelme nicht aktiv geworden, dabei waren sie nur ein paar Kilometer entfernt stationiert. Mir gegenüber fühlten sie sich jetzt aber umso mehr verantwortlich. Letztlich endeten wir in einem windschiefen Armeezelt, in welchem ein paar Dutzend Männer im Kreis saßen, die uns alle abwechselnd

von den Vergewaltigungen berichteten, die die Rebellen hier verübt hätten.

„Wollen Sie mal sehen, was sie den jungen Mädchen angetan haben?“, fragte der Polizeikommissar. Bevor ich antworten konnte, trug eine Frau ein 4-jähriges Mädchen im rosa Kleidchen hinein. Es bewegte sich nicht und wurde wie eine Puppe inmitten der im Kreis sitzenden Männer abgesetzt. Ihre inneren Verletzungen seien so stark, dass sie blute und nicht laufen könne.

„Machen Sie ein Foto!“, sagten die Männer.

Zum Glück hatte mein Fotograf schon das Zelt verlassen, und ich ging ihm nach. Er war den Hügel hinaufgestapft, um ein paar Panoramaaufnahmen zu machen: lauter kleine Dörfer zwischen den Hügeln. Wir sahen Frauen, die die Äcker an den Hängen beharkten. Die an Marktständen Tomaten verkauften und am Flussufer Wäsche wuschen. Wir sahen Mädchen, die Wasserkannen schlepten. Einfach unvorstellbar: Rein rechnerisch konnte bei knapp 400 Vergewaltigungsopfern keine einzige verschont geblieben sein, kein Mädchen und keine Großmutter. Nur ganz wenige Männer waren noch im Dorf, die übrigen hatten sich längst einer Bürgerwehr angeschlossen. In dieser Bürgerkriegsgesellschaft sind Frauen das Rückgrat. Wer die Sozialstruktur zerstören will, muss bei ihnen anfangen.

20 Jahre systematischer Terror

Dann kam der tägliche Tropenregen, und wir stellten uns unters Vordach einer kleinen Lehmhütte. Darin saß eine junge Frau und stillte ihr Baby. Sie winkte uns herein. Wir nannten sie später für unseren Bericht Marie, weil wir ihre Identität schützen wollten. Sie rief ihre Nachbarinnen: ein 16-jähriges Mädchen, das von der Vergewaltigung schwanger geworden war. Eine runzelige



Menschen fliehen vor Gefechten in Ostkongo.

79-jährige Großmutter, deren Wickelrock nach Urin roch, weil sie als Folge der Vergewaltigung das Wasser nicht mehr halten kann. Sie alle wollten reden. Doch nicht nur über jene Nacht der Vergewaltigungen, sondern über 20 Jahre systematischen Terror, den sie erfahren haben.

Rebellen, die Raubzüge begehen, die junge Männer entführen, töten. Von ihren eigenen Männern, die eine Miliz gegründet haben, um sich zu wehren und seitdem im Wald leben und ebenfalls plündern und töten – eine Spirale der Rache. Die Vergewaltigungen waren nur die Spitze eines Eisbergs, eine Form der Gewalt, neben vielen anderen. Und es betraf nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer. Über fünfzig Männer wurden ebenfalls Opfer, inklusive dem Dorfvorsteher. Darüber wollte aber niemand reden.

Ich schämte mich furchtbar. Das war alles zu kompliziert, um es in der Zeitung zu beschreiben. Was Gewalt und Krieg wirklich bedeuten, das wissen wir EuropäerInnen überhaupt nicht mehr. Unsere Großeltern-generation, die den Zweiten Weltkrieg noch erlebt hat, hätte da sicher mitreden können. Im Kongo ist Gewalt wie in allen langjährigen Kriegsgebieten ein Normalzustand auf allen gesellschaftlichen Ebenen und hat sich über Generationen hochgeschaukelt. Nur so lässt sich dieser Horror erklären. Denn warum sonst rammen Vergewaltiger den Frauen Macheten in den Unterleib bis

sie verbluten? Was macht es für einen Sinn, sich eine Großmutter zu nehmen? Was hat dieser brutale Gewaltakt mit sexueller Lust zu tun? Wieso geschieht dieser Horror so systematisch? Marie hatte keine Antwort darauf: „Wenn Sie einmal einen Täter finden, fragen Sie ihn!“

Das System dahinter

Seit dem Drama von Luvungi werden Massenvergewaltigungen als „Kriegswaffe“ bezeichnet. Der Penis wurde im Erklärungsmuster zum Zerstörungsinstrument. Neue Statistiken besagten, dass jeder dritte Mann ein Täter sei. „Ein Land voller Vergewalti-

Das war alles zu kompliziert, um es in der Zeitung zu beschreiben.

ger“, titelte eine Zeitung. 2012 verlor die Regierungsarmee eine Schlacht gegen die Rebellen und zog sich geschlagen in die Kleinstadt Minova zurück. Dort machten sie sich über die Frauen her. Wieder kamen unzählige Journalisten eingeflogen, um die Vergewaltigungen zu dokumentieren. Wieder wurden unzählige Marien interviewt. Wieder derselbe Running-Gag-Moment. Verflixt.

Im Zuge meiner Recherche besuchte ich in Goma ein Traumazentrum, das sich auf Vergewaltigungen spezialisiert hat. Psycho-

logen arbeiteten hier, auch deutsche. Die meisten Patienten waren junge Männer. Einer davon war der 19-jährige Bonerge: Als Sohn eines getöteten Vaters und einer vergewaltigten Mutter hatte er sich mit 16 jener Miliz angeschlossen, die Luvungi überfallen hatte. Er war also einer der Täter! Was Bonerge und die anderen jungen Männer im Beisein der Psychologen erzählten, ließ mir den Atem stocken.

Selbst mehrfach von Kameraden und Kommandeuren vergewaltigt, bekam Bonerge als 17-Jähriger den Befehl, keine Frau in Marien Dorf zu verschonen. Wer nicht gehorcht, wird exekutiert, hatte ihm der Kommandeur gedroht. Wer keinen hochkriegt, muss sich also eines Hilfsmittels bedienen: Dann kommt also der Stock, der Gewehrlauf oder die Machete ins Spiel, erklärte mir der 17-Jährige. Mit sexueller Lust und Befriedigung hat das alles nichts zu tun, im Gegenteil. In den jüngst veröffentlichten psychologischen Studien steht: 85 Prozent der Täter sind selbst Opfer von Gewalt. 12 Prozent wurden sexuell missbraucht, meist von ihren Kommandeuren oder Kameraden. 73 Prozent wurden gezwungen, Gewalt auszuüben. Dazu gehören nicht nur sexuelle Gewalt, sondern auch Kannibalismus, Folter oder Enthauptungen.

Journalisten neigen dazu, sich das herauszupicken, was in den Medien am meisten Schlagzeilen macht. Im Kongo sind es die Vergewaltigungen. In Norduganda waren es die Kindesentführungen und die abgeschnittenen Lippen, in Sierra Leone die abgehackten Hände, in der Zentralafrikanischen Republik die Menschenfresser. Doch das sind alles nur Facetten eines riesigen Gewaltarsenals. Und die Täter sind Produkte jener brutalisierten Gesellschaften. Und selbst Opfer. Wie geht noch mal der Witz mit den Vergewaltigungen? Alle stehen auf.

Der Bericht entstand ursprünglich für die Wiener Zeitung und wird mit freundlicher Genehmigung der Autorin nachgedruckt.

Simone Schindwein (Jahrgang 1980) lebt und arbeitet seit 2008 in Afrika, in der Region der Großen Seen (Uganda, Ruanda, Burundi, DR Kongo und Zentralafrikanische Republik) und berichtet regelmäßig aus den Kriegsgebieten.

COMMUNITY

Wir wollen Signale setzen

Huseyn Iskhanov und seine Tochter Kheda leben seit 13 Jahren in Österreich. Aus Tschetschenien geflohen, wollen sie die vom Krieg gebeutelte Community weiterbringen. So wie Kheda, die Fußball spielte und nun studiert, sollen es auch andere tschetschenische Mädchen machen.

TEXT: EVELYN STEINTHALER
FOTOS: KARIN WASNER

Als wir 2004 hier ankamen, lebten wir in einem Vakuum. Uns fehlte die Sprache, um mit unseren Nachbarn in Kontakt zu treten. Und dass unsere Töchter ohne die große Familie aufwachsen, ohne Großeltern, ohne Tanten und Onkel, die wir in Tschetschenien zurücklassen mussten, war sehr hart für uns.“ So erzählt Huseyn Iskhanov darüber, was es bedeutet, sein Land zu verlassen. Die Flucht, die die Iskhanovs nach Österreich geführt hatte, dauerte Wochen. Erst wurde die Familie in Eberndorf in Kärnten untergebracht, wo die heute 20-jährige Kheda mit zwei ihrer Schwestern zur Schule ging. Nachdem der Flüchtlingsstatus der Familie geklärt war und sie die notwendigen Papiere erhielten, zog man nach Wien um.

„Wir sind Stadtmenschen, wir sind aus Grosny. In einer großen Stadt zu leben, fällt uns leichter. Hier in Wien kann man auch mehr tun als am Land“, lächelt Huseyn Iskhanov. Mit dem „mehr tun“ spricht er sein Engagement für die tschetschenische Gemeinschaft in Österreich an, das schon bald nach seiner Ankunft im Westen begann.

Kulturzentrum fehlt

Allein in Wien leben 16.000 Tschetschenen und Tschetscheninnen, in ganz Österreich sind es rund 30.000. Ein Kulturzentrum gibt es in der Bundeshauptstadt dennoch nicht. Eigentlich schade, findet Iskhanov, er vermisst eine Initiative, die die entwurzelten Menschen an einem Ort zu-



In Wien leben 16.000 TschetschenInnen. Ein Kulturzentrum gibt es in der Bundeshauptstadt dennoch nicht. Im Rathaus hat man auf die Initiative von Huseyn Iskhanov bislang nicht reagiert.

sammenführen kann. Um sich zu treffen, sich auszutauschen, sich kennenzulernen. Aber auch, meint er, „um die jungen Männer von der Straße zu holen. Damit sie nicht immer auf blöde Gedanken kommen.“ Um jene Tschetschenen abzuholen, die auf die schiefe Bahn geraten, gibt es bereits einige Initiativen. Gerade Kampfsportarten scheinen große Wirkung auf die jungen Männer zu zeigen. Disziplin und eine gewisse Form körperlicher Härte treffen sich vielleicht auch mit einem tradierten Selbstverständnis von Männlichkeit. Frust und Traumata – sie lassen sich mit Kampfsport vielleicht kanalisieren.

Herr Iskhanov ist mit seiner Idee vom tschetschenischen Kulturzentrum zwar bis ins Wiener Rathaus vorgedrungen, die benötigte finanzielle Unterstützung blieb bislang aber aus. Dabei würden alle profitieren, ist er überzeugt. „Es geht nicht nur darum, Leute von der Straße zu holen, man könnte auch besser die Kinder unterstützen, ihnen Sprachnachhilfe geben. Viele Kinder haben keine Möglichkeit, die tschetschenische Muttersprache richtig zu lernen.“

Role models für die Kinder

Schon jetzt ist der rührige Mann vielerorts aktiv. Er betreut Tschetschenen, die mit



„Wir Tschetschenen sind heute so etwas wie eine Marke, so wie Coca-Cola“, sagt Huseyn Iskhanov, „bei uns glaubt jeder zu wissen, wer oder was wir sind. Auch, dass Innenminister Sobotka meint, es gäbe Frieden in Tschetschenien, ist nicht besonders hilfreich.“

dem Gesetz in Konflikt geraten sind und kümmert sich, seit er durch den ORF-Redakteur Zoran Dobic mit der Justizanstalt Gerasdorf in Kontakt kam, auch um junge Tschetschenen, die dort einsitzen. Das sind junge Männer, denen das positive männliche Vorbild fehlt, wie Iskhanov meint. Die Gesellschaft sei insgesamt zerrissen. Zwei Kriege in den vergangenen 25 Jahren hätten eine vaterlose und gleichermaßen patriarchale Gesellschaft hervorgebracht, die sich mit der Verarbeitung ihrer Traumata und ihrer Entwicklung schwer tue. Schwäche zu zeigen, das sei für Tschetschenen nicht einfach, ja gesellschaftlich geradezu verpönt. Das schlägt sich dann immer wieder auch in der Außenwahrnehmung im Westen nieder.

Der 61-Jährige möchte jedoch Zeichen setzen, und denkt dabei etwa an seine eigene Familie. Seine Tochter Kheda spielte während ihrer Schulzeit Fußball und lernte schwimmen. Heute studiert sie Wirtschaftsrecht an der WU Wien. Für tschetschenische Mädchen sind das eher untypische sportliche Engagements, sie gehen auf den

Vater zurück. Er hat Kheda und ihre fünf Schwestern stets dazu angehalten, Sport zu betreiben. Auch wenn sie heute selbst keine Freundin öffentlicher Bäder ist, ist Kheda ihrem Vater dankbar: „Ich weiß ja nie, ob ich nicht mal wegen einem Unglücksfall schwimmen können muss.“ Wenn sie vom Fußball erzählt, erwähnt sie lächelnd ihre zahlreichen Pokale.

Seit 2016 gibt es einen tschetschenischen StudentInnenverein, dem auch Kheda angehört.

Aber auch akademische Bildung sei unter TschetschenInnen in Österreich nicht sehr verbreitet. Seit 2016 gibt es einen StudentInnenverein, dem auch Kheda angehört. An der Uni habe sie von dem Verein erfahren: „Ich hatte die Infos dann auch gleich an Freunde weitergeben und beim ersten Treffen vielleicht 10 Leute erwartet. Es sind aber weit über 30 Leute gekommen, viele davon kannte ich gar nicht!“ Dieses Kennenlernen und Wissen, dass sie nicht die

einzigsten tschetschenischen Studierende an der Uni sind, ist ihr wichtig. „Wir stehen noch am Anfang, aber wir versuchen uns regelmäßig zu treffen und Ziele zu diskutieren. Was wollen wir überhaupt erreichen? Wir besuchen zum Beispiel Schulen und berichten dort tschetschenischen Kindern von den Bildungsmöglichkeiten in Österreich. Und erzählen über uns und unsere eigenen Bildungskarrieren, so dass die Kinder jemanden aus der eigenen Kultur kennenlernen, der oder die studiert.“ Über 80 Studierende haben sich im Verein mittlerweile eingefunden.

Vom Krieg geprägt

Tschetschenien, etwas kleiner als die Steiermark und im Nordkaukasus gelegen, blickt auf eine leidvolle Geschichte zurück. Als die Sowjetunion sich auflöste, erklärte der damalige tschetschenische Präsident Dschochar Dudajew am 1. November 1991 die Unabhängigkeit der autonomen Republik. Doch schon bald verstärkte Russland seine Truppen und unterstützte Dudajews Gegner. Im Dezember 1994 gab Boris

Jelzin den Befehl zum Einmarsch in die Kaukasus-Republik. In diesem ersten russisch-tschetschenischen Krieg kämpfte auch Huseyn Iskhanov. Er, der in der Sowjetarmee in den Siebzigern in der DDR stationiert war, gehörte zum Generalstab der tschetschenischen Armee. 1996 wurde Iskhanov erstmals von den Russen festgenommen, kam im Zuge eines Gefangenen-austausches jedoch wieder frei. Nach dem Krieg war er Abgeordneter im Parlament in Grosny. Nachdem 1999 der zweite russisch-tschetschenische Krieg begann, wurde er neuerlich verhaftet und auch gefoltert. Das Wissen über die Ereignisse von damals ist in Österreich gering, und der ehemalige Politiker ist davon überzeugt, dass das ein Grundproblem für die öffentliche Wahrnehmung der TschetschenInnen in Österreich sei. Statt Verständnis ortet er vor allem vorgefasste Meinungen. „Wir sind heute so etwas wie eine Marke, so wie Coca-Cola“, sagt Iskhanov, „bei uns glaubt jeder zu wissen, wer oder was wir sind. Auch die FPÖ tut das ihre dazu, um uns abzustempeln. Auch, dass Innenminister Sobotka meint, es gäbe Frieden in Tschetschenien, ist nicht besonders hilfreich.“ Wichtiger wäre, dass die fortwährende Verletzung der Menschenrechte in Tschetschenien anerkannt würde. Seit der Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja im Jahr 2006, die darüber berichtet hatte, hat sich die Lage nicht verbessert. Tausende Morde unter dem Putin-Getreuen, Präsident Ramsan Kadyrow, sowie Gewalt gegen Homosexuelle, zeichnen ein anderes Bild als das des österreichischen Innenministers.

Geschwiegen wird bis heute auch über die Vertreibung tschetschenischer Bevölkerungsteile unter Stalin, der eine halbe Million Menschen nach Kasachstan deportieren ließ. Als der Filmemacher Ruslan Kokanajew 2014 den Dokumentarfilm „Vergessen auf Befehl“ über diese Deportationen drehte, verbot der Kreml kurzerhand die öffentliche Vorführung des Films. Die Begründung: Geschichtsfälschung. Iskhanov, selbst im Exil auf die Welt gekommen, bezeichnet die Deportation als „Volkstrauma, stärker noch als die späteren Kriege. Wir tragen das alle noch immer in uns.“

Als die Eltern nach Tschetschenien zurückkehren durften, war Huseyn gerade ein Jahr alt. Die frühere Wohnung in Grosny gehörte nun Russen. Sich ein neues Leben in der Heimat aufzubauen, war für die HeimkehrerInnen dementsprechend hart.

Heute kann man in Tschetschenien nicht von Demokratie sprechen. Wer sich dazu hinreißen lässt, Kadyrow oder Putin öf-

fentlich zu kritisieren, werde im Fernsehen und über die sozialen Netzwerke gedemütigt. „Das zerstört gerade in einer Gesellschaft, die so stark auf die Einhaltung von Würde aufgebaut ist, ganze Existenzen“, erklärt Kheda. Und ihr Vater fügt hinzu: „Die Russen haben sich heute weitgehend aus Tschetschenien zurückgezogen. Aber sie lassen Putins Gefolgsmann Kadyrow die schmutzige Arbeit machen. Ein Ende ist nicht in Sicht.“

Mut zur Erneuerung

Weder Vater noch Tochter scheuen die öffentliche Auseinandersetzung. Meist wird diese Präsenz und das Engagement der Familie auch von der Community gutgeheißen, nur manchmal wird kritisiert, dass Kheda Iskhanova kein Kopftuch trägt und etwa gemeinsam mit ihren Schwestern in Sendungen wie „Heimat, fremde Heimat“ öffentlich zu sehen ist. Sie verhalte sich nicht so, wie es von einer tschetschenischen Frau erwartet würde. Aber, so entgegnet sie: „Ich kann nicht still sein, wenn es um Ungerechtigkeiten geht. Und ich will auch zeigen, dass ich ohne Kopftuch eine gläubige Muslima sein kann, die viele Möglichkeiten hat, ohne die Traditionen zu vergessen.“

Seit der Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja 2006 hat sich die Situation nicht verbessert.

Versuche der Iskhanovs, Landsleute vor die Kamera zu holen, scheitern meist: „Kaum jemand will öffentlich wie wir seine Meinung äußern, gerade auch, wenn es um das Kadyrow geht“, erzählt die Studentin. Natürlich hätten die Leute auch Angst um ihre Verwandten in Tschetschenien.

„Sie können aber nicht alle Familien bedrohen, weil wir hier im Westen offen Kritik üben“ sagt Kheda Iskhanova, „wenn wir alle aussprechen was wir denken, würden wir unseren Landsleuten mehr helfen, als dem Druck nachzugeben. Ich finde, wir sollten alle sagen was wir denken. So können wir ihnen weit mehr helfen. Kadyrow kann nicht Millionen von Menschen foltern. Das geht einfach nicht. Es muss jemand sagen wie es ist. Es trifft uns doch alle.“

Evelyn Steinthaler ist freie Autorin, Übersetzerin, Performerin und Jugendarbeiterin. Sie lebt und arbeitet in Wien. Zuletzt, Übersetzung von „Austria – A Soldier's Guide“ erschienen bei Czernin 2017. Performance im Film „The Devil Opens a Night School to Teach the Secrets of Success and Failure“ von Ines Doujak und John Barker, 2015.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger (eba), Muhamed
Beganovic, Nasila Berangy, Gerald John, Lisa Ker-
negger, Judith Pühringer, Doron Rabinovici, Martin
Schenk, Simone Schlindwein, Philipp Sonderegger,
Evelyn Steinthaler, Karin Wasner, Thomas Weber,
Martin Wildenberg, Felix Wohlgenuth, Bernhard
Wohner, Ibrahim Yavuz

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

Montage, Illustrationen: shutterstock

LEKTORAT:

Magdalena Summereder

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Katharina Hofmann-Sewera

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Bernhard Spindler, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE:

40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.



IM PORTRÄT: BINATIONALE PAARE

Ralf und Sakera

FOTO UND TEXT: KARIN WASNER

Ralf (33) und seine Frau Sakera (35) lernten sich vor sieben Jahren auf der BOKU kennen. Als Tutor sollte Ralf der jungen Stipendiatin aus Bangladesch sein Labor zeigen. „Am Anfang fand ich ihn gar nicht so toll,“ lacht Sakera, die einen Magister in Forstwirtschaft hat „aber er war so lieb und geduldig.“ Ralf musste mit ein paar Vorurteilen aufräumen: In Bangladesch hatte man Sakera erzählt, dass in Europa nur Alkohol aus den Leitungen kommt. „Ich habe mir literweise Wasser im Koffer mitgebracht!“ Wenn sich Menschen auf der Strasse küssten, hatte Sakera mit den vielen Obdachlosen Mitleid, die sich keine Wohnung leisten konnten, um sich zurückzuziehen. Die erste Woche aß sie nur Eier und Semmel im Kaffeehaus um die Ecke ihres Wohnheims. Es war das

einzigste vegetarische Gericht auf der Karte und sie fand keinen Markt, um für sich und ihren mitgebrachten Reiskocher eine Packung Reis zu kaufen.

Ralf brachte ihr Schwimmen und Fahrradfahren bei. „Kilometerweit ist er auf der Prater Hauptallee neben mir gelaufen und hat mein Rad festgehalten.“

Ein Jahr später haben die beiden geheiratet. Zuerst auf dem Standesamt, auf englisch und in Bangla Tracht. Einige Tage später klassisch, in schwarz und weiss in der Kirche, getraut von Ralfs ehemaligen Religionslehrerin.

Schwierigkeiten gab es nur anfangs mit Sakeras Familie: „Mein Papa war sehr böse.“, sechs Monate haben er und ihre Schwester nicht mit ihr geredet. In Bangladesch ist es Tradition, dass der Vater den Bräutigam

für seine Töchter aussucht. Dass Ralf kein Moslem ist, war ein Problem: „Mein Papa machte sich Sorgen, dass Ralf vielleicht trinkt und kein guter Mann ist.“ Schließlich bezahlte Sakeras Vater doch noch die Flugtickets um seinen Schwiegersohn kennenzulernen. „Du hast dir einen Guten ausgesucht,“ kam er eines abends an Sakeras Bett. Also wurde im Jänner 2012 in Kumilla zum dritten Mal geheiratet. Muslimisch und traditionell. Ein Fest das zwei Tage dauert mit vielen hundert Leuten, mit Gelbwurz angemalt und in gemietetem Gewand. Nur Ralfs Schuhgröße 43 war in Bangladesch kaum zu bekommen. Zur Zeit ist Ralf in Karenz, Sakera arbeitet wieder. Vor einem Jahr kam ihr Sohn Adam auf die Welt, der mit zwei wunderbaren Kulturen aufwachsen wird.

POPULÄR GESEHEN

Ich bin meine Geschichte

Im „Häferl“: Inventur der verborgenen Talente.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Der Eintritt ein Gedicht. Der Zugang ein Lied. Der Türöffner eine Kurzgeschichte. Heute abend wird zum Treff in die Wiener Notstelle s' Häferl geladen, dem Wirtshaus für Leute, die es eng haben und am Limit leben. Gekommen sind Anneliese, die mit ihrer Mindestpension mehr schlecht als recht durchkommt; da ist Kurt, den der Arbeitsmarkt ausgespuckt hat wie ein ungenießbares Stück Fleisch; gekommen ist Lisa, die mit Krankheit und dem Alltag kämpft. Für Essen und Trinken ist gesorgt. Anneliese liest ihre vor einigen Tagen verfasste Kurzgeschichte über eine verflissene Liebe vor, Kurt gibt Stanzln aus seiner früheren Arbeit zum Besten, Lisa wagt sich an ein Gedicht, das ihr in der Straßenbahn eingefallen ist. Alle sind sie sonst als unbrauchbar abgestempelt worden, vom Arbeitsmarkt als chancenlos titulierte, in der Öffentlichkeit unsichtbar gemacht. Doch hier im Häferl wird das wie zu einer „Inventur der verborgenen Talente“, all die ökonomisch entwerteten Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen werden gehoben, sichtbar und hörbar. Anderer Schauplatz. Gespräche und Interviews mit angelernten Arbeitern, Facharbeitern sowie prekär beschäftigten Frauen in der Steiermark. Die Männer haben Entlassungen, Wiedereinstellungen und wieder Entlassungen erlebt. Die Frauen berichten von unsicheren, schlecht bezahlten Jobs, langen Phasen der Erwerbslosigkeit und der Schwie-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

rigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die schwierigen Arbeitsbedingungen nehmen die Männer in Kauf für soziale Sicherheit, einen bescheidenen Wohlstand und soziale Anerkennung. Die Frauen sind stolz, alles zu schaffen, ein eigenes Einkommen und auch Zeit für die Kinder zu haben. Sie alle haben sozialen Abstieg erlebt: beruflichen Abstieg vom Metallarbeiter zum Straßenreiniger, Lohnverlust, erzwungene Frühpensionierung. Sie fühlen sich um das versprochene Lebenskonzept betrogen, das einen Tausch von harter Arbeit gegen bescheidenen Wohlstand und einen anerkannten sozialen Status vorsieht. „Wer nimmt mich mit über fünfzig, es wird immer schwieriger.“ Ihre Situation wird heruntergespielt oder mit leeren Durchhalteparolen zugedeckt. Dafür gibt es öffentlich keine Sprache. Die Debatte über Mindestsicherung beispielsweise findet seit zwei Jahren ohne die Betroffenen statt. Und niemand scheint es aufzufallen. Diese Geschichte besteht offensichtlich seit hunderten Jahren in einem sich stets wiederholenden Prozess, bei dem die jeweilige Verlierergruppe eines grundlegenden sozialen Wandels für ihre verschlechterte ökonomische Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und herabgewürdigt wird. Es geht um die Gewalt, der jene ausgesetzt sind, deren Leben im Dunkeln bleibt, die nicht repräsentiert werden, die nicht sichtbar sind. Im Häferl stellen Anneliese, Kurt und Lisa ihre Geschichte(n) dagegen.

SONDERECHE

Raues Pflaster Praterstern

Vertreibt die Polizei am Praterstern systematisch junge Flüchtlinge?

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Der Praterstern ist ein Schlupfwinkel für die Gestrandeten der Konsumgesellschaft. Obdachlose, Trinker, Gelegenheitsarbeiterinnen aus dem Osten, Junkies. Und seit kurzem die afghanischen Jugendlichen, die vom Westbahnhof vertrieben wurden. Die unschöne Ansammlung Untätiger erregt das Missfallen des disziplinierten Bürgers. Der Boulevard fordert Repression, die Stadt kontert mit Repression. Wie kann das gut gehen? Welche „öffentliche Ordnung“ wird hier mit welchen Mitteln durchgesetzt? Der Lokalaugenschein übertrifft die Befürchtungen. Das Ausreizen rechtlicher Spielräume war zu erwarten. Aber hier drängt sich der Eindruck auf, dass Befugnisse der Polizei missbraucht werden, um Unliebsame zu vertreiben.

Ein Beispiel: In der Wartehalle stehen vier afghanische Jugendliche. Ein Polizeibus fährt vor, eine Gruppe der Bereitschaftseinheiten steigt aus. Das sind fünf Auszubildende und ein Offizier in Zupack-Montur. Obwohl die Afghanen kein erkennbar rechtswidriges Verhalten setzen, eilt der Trupp gezielt auf diese zu. Die jungen Männer haben sichtlich ein Déjà-vu und beginnen sich zu entfernen. Die Polizei hinterher. Zwei Eifrige vorneweg, der Gruppenkommandant bleibt mit etwas Abstand zurück. Hier zählen nicht die Leitbilder der Polizeiführung, sondern der Alltags-Ruf nach Law & Order. Der Ton ist rau, die Körpersprache martialisch. Ein Polizist nähert sich dem Beobachter

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

und gibt die Anweisung „Geh'n weiter“. Auf die Frage, ob es sich um eine rechtswirksame Wegweisung handle, dreht er wortlos um und widmet sich wieder wehrloseren Personen. „Raus jetzt“ herrscht die Beamtin einen Flüchtling an, nachdem alle Personalien überprüft sind und nichts vorliegt. Ihr Zeigefinger ruht im Gestus schräg nach oben, ihr Blick geht am Gegenüber vorbei.

Hätten die Jugendlichen Zugang zu wirksamer Rechtsvertretung, hätte die Republik Österreich ein Nachsehen. In mehreren Punkten verletzt die Amtshandlung die Richtlinien ganz offenkundig. Doch wir, die Republik, lassen unsere Organe derart gewähren, gerade weil die Neuankömmlinge keinen tatsächlichen Zugang zum Recht haben. Hier herrscht der sprichwörtliche, rechtsfreie Raum.

Noch schlimmer: Der Staat verbreitet eine Botschaft unter den jungen Flüchtlingen, unausgesprochen aber unmissverständlich: „Wir wollen euch hier nicht“. So haben sie ihn bereits auf ihrer beschwerlichen Reise kennen gelernt. Feindlich gesinnt. Der Staat, ein unberechenbarer Gegner. Das Recht, eine Waffe der anderen. Nie wären die Flüchtlinge an ihr Ziel gelangt, hätten sie sich nicht in jedem einzelnen Land widersetzt. Nun, am Endpunkt - in Sicherheit - verwehren wir ihnen die notwendigen Erfahrungen, um diese Einstellung zum Staat zu revidieren. Die Flüchtlinge werden weiterhin auf Verwandte und Landsleute zählen, statt auf Institutionen und Verfahren.

„Wir können nicht alle nehmen“

PolitikerInnen und JournalistInnen setzen Übertreibung immer wieder als Stilmittel ein. Zum Beispiel in der Asyldebatte. Da ist Vorsicht angesagt.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Ich habe eine gute Bekannte, deren Talent es ist, Geschichten zu erzählen. Sie berichtet bunt und ausschweifend, setzt gekonnt dramatische Pausen ein und sie verwendet gerne Superlative. Ihre Geschichten sind deshalb so legendar, weil sie wie viele gute RhetorikerInnen Übertreibung als Stilmittel einsetzt. Wenn sie also davon spricht, dass im Büro alle Augen auf sie gerichtet waren, dann waren da sicher auch einige, die woanders hinblickten. Und wenn sie in einer tiefschwarzen, der wohl dunkelsten Gasse, die sie jemals gesehen hat, unterwegs war, dann war dort mit Sicherheit irgendwo doch eine Laterne. Aber das macht die Frau nicht zur Lügnerin, sondern zur Entertainerin.

Wenn sich allerdings PolitikerInnen und Politik-JournalistInnen der Übertreibung als Stilmittel bedienen, dann ist Vorsicht geboten. Denn die Botschaften dieser MeinungsbildnerInnen dienen in erster Linie nicht der Unterhaltung. Sie prägen den politischen, medialen und gesellschaftlichen Diskurs. Wie oft haben Sie denn den Satz gehört oder gelesen „Wir können nicht alle nehmen“? Diese Aussagen wurden so oft reproduziert und werden wie scheinbar harmlose Floskeln in Debatten über Asyl- und Migrationspolitik beliebig eingesetzt. Nur rhetorische Übertreibungen, die keinem wehtun, könnte man meinen, nichtssagende Floskeln, über die man sich nicht weiter echauffieren muss. Aber so ist es nicht. Denn mit solchen Aussagen wird

dazu beigetragen, dass ein verfälschtes Bild über die tatsächliche Verteilung von Flüchtlingen gezeichnet wird. Wer der eigenen politischen Forderung oder dem politischen Kommentar Würze verleihen will, indem man sich einer Floskel wie „Wir können nicht alle Flüchtlinge aufnehmen“ bedient, suggeriert damit, dass alle zu „uns“ nach Österreich bzw. Europa wollen, dass irgendwo doch die Forderung im Raum stehen muss, „wir“ sollten alle nehmen.

Ignoriert wird dabei, dass der Großteil der Flüchtlinge eben nicht im reichen Europa, sondern in wirtschaftlich schwächeren Ländern wie dem Libanon, in Jordanien, Pakistan, der Türkei und vielen afrikanischen Staaten wie Uganda und Äthiopien untergekommen ist. Nach wie vor befinden sich die größten Flüchtlingslager der Welt in Jordanien und auf dem afrikanischen Kontinent, nämlich in Kenia. Doch das wird in unseren sehr aufgeregten, eurozentristischen Diskursen über Asyl und Migration selten oder nur am Rande zur Sprache gebracht. Wie es scheint, wird auch die Forderung, die EU solle Flüchtlingslager in Afrika errichten und betreiben, bald mehrheitsfähig sein. Das heißt, die Flüchtlingsproblematik wird auf Afrika abgewälzt. Aber ganz ehrlich: Afrika kann doch nicht alle nehmen.

Community News

Muslimische Communities helfen oft unbürokratisch und arbeiten zumeist abseits der Öffentlichkeit an der Integration von Flüchtlingen. Sie sind eine wichtige Schnittstelle innerhalb der Gesellschaft. Was aber tut sich hier?

TEXT: IBRAHIM YAVUZ

Alle gegen Terror

Aus ganz Österreich trafen im vergangenen Juni sich knapp 300 Imame in Wien, um gemeinsam eine Deklaration gegen Extremismus und Terror zu verkünden. Bei der Präsentation vor dem Islamischen Zentrum Wien hielt Imam Ramazan Demir eine Rede, in der Anschläge weltweit verurteilt wurden. Die Veranstaltung wurde positiv in der Öffentlichkeit aufgenommen. In Deutschland gab es eine ähnliche Initiative, als die Autorin und Lehrerin Lamya Kaddor zu einem Friedensmarsch in Köln unter dem Motto „Nicht mit uns“ aufrief. Das mediale Interesse war hoch, allerdings erteilten nacheinander große islamische Verbände der Teilnahme am Protestmarsch eine Absage. Sie begründeten das damit, dass muslimische Verbände in ganz Deutschland schon immer gegen Terror protestiert hatten – und zwar nicht durch Zurufe von Außen: „Forderungen nach muslimischen Anti-Terror-Demos greifen zu kurz, stigmatisieren die Muslime und verengen den internationalen Terrorismus auf sie – das ist der falsche Weg und das falsche Zeichen, denn diese Form der Schuldzuweisung spaltet die Gesellschaft“, hieß es in der Absage des Dachverbandes DITIB in Deutschland. Schließlich kamen zum Friedensmarsch etwa 1.000 statt der erwarteten 10.000 Menschen. Lamya Kaddor nahm es gelassen und meinte: Was zählt, ist doch die Botschaft!

Ausschmückung

Im Juli war es dann soweit: Die von Außenminister Sebastian Kurz in Auftrag ge-

gebene Studie zu islamischen Kindergärten wurde präsentiert. Kurz darauf wurden dem FALTER zugespielte Infos bekannt, wonach die Studie im Ministerium nachträglich inhaltlich verändert wurde. Zu Beginn leicht verunsichert, verlaublich Aslan wenig später, dass die Änderungen mit seinem Einverständnis erfolgte waren. Die Abänderungen sind teils gravierend und lassen vermuten, dass man bereits mit einer bestimmten Erwartungshaltung an die Studie herangegangen war. Ein Beispiel: Im Original hieß es: „Muslimische Eltern wollen für ihre Kinder in islamischen Kindergärten „Werte wie Respekt, Gelassenheit, Individualität des Kindes, Hygiene, Zufriedenheit, Pünktlichkeit, Liebe, Wärme und Geborgenheit, Selbständigkeit und Transparenz der Regeln.“ Ein Ministerialbeamter änderte diesen Satz inhaltlich so ab: „Besonders wichtig ist ihnen, dass den Kindern islamische Werte vermittelt werden.“

Nun hat die Universität Wien, unter deren Obhut die Studie für 36.000 Euro durchgeführt wurde, eine unabhängige Kommission beauftragt. Es geht darum, die Wissenschaftlichkeit der Studie zu überprüfen. Der Verdacht einer Täuschungsabsicht steht im Raum. Eine andere Frage ist, wie man in Österreich damit umgeht. Würde die Prüfungskommission eine Irreführung feststellen hätte das – zumindest in Deutschland – den Rücktritt des zuständigen Ministers zur Folge. Nun wird Kurz als Bundeskanzlerkandidat hoch gehandelt und aus seiner Sicht ist nur zu hoffen, dass die Prüfergebnisse erst nach den anstehenden Wahlen

bekannt werden. Da ist die Öffentlichkeit bereits mit einem anderen, vielleicht wichtigeren Thema beschäftigt.

Es geht aber auch um die Glaubwürdigkeit des Erstellers der Studie, Ednan Aslan. Kürzlich hat der Kurier über eine andere Studie Aslans zur Religiosität von inhaftierten Extremisten berichtet. Für die Studie wurden 29 Extremisten befragt. Das Ergebnis, laut Aslan: Die... Annahme, dass radikalisierte Personen mehrheitlich über eine geringe Kenntnis der Religion verfügen, hat sich in der Studie nicht bestätigt.“ Dem widersprechen namhafte internationale Wissenschaftler und stellen das Ergebnis als „nicht wahrheitsgemäß“ in Zweifel.

Betraum in Zentrumsnähe

Nachdem das Afro-Asiatische Institut (AAI) seine Tätigkeiten in Wien eingestellt hatte, verlor die Stadt auch die Moschee, die mit ihrer Nähe zur Hauptuniversität und zum Stadtzentrum eine besondere Stellung besaß: Ein kleiner Raum im 1. Stock des AAI in der Türkenstraße im 9. Wiener Gemeindebezirk. Nun aber gibt es eine neue Initiative, um eine Universitätsmoschee namens Iqraa zu gründen. Das Unternehmen wird von der IGGiÖ unterstützt und womöglich wird bald vor allem dem Bedürfnis der muslimischen Studierenden aber auch Touristen nachgegangen, die in der unmittelbaren Nähe zum Stadtzentrum sonst kaum geeignete Möglichkeiten zum Verrichten ihrer Gebete finden.

Wo man Hoffnungslosigkeit heilt

Der Verein Vita Nova kümmert sich um 16 afghanische Flüchtlinge und lässt sich von der Energie der Jugendlichen anstecken.

TEXT: MUHAMED BEGANOVIC

Unter den Umständen ist es bestimmt nicht leicht optimistisch zu bleiben und dennoch scheint das den beiden Leiterinnen des Vereins Vita Nova zu gelingen. Ruth-Maria Schwind, pädagogische Leiterin, und Waltraud Führer, wirtschaftliche Leiterin, sitzen im kleinen und kühlen Foyer des Vereins. Fröhlich wirkende, minderjährige Flüchtlinge spazieren an ihnen vorbei, grüßen nett und verschwinden dann entweder im Garten, wo die Sonne brennt, oder im oberen Stockwerk. Die zwei Leiterinnen strahlen Hoffnung aus. Der sonnige Garten wirkt fast schon wie eine Allegorie des hier anwesenden Optimismus. Sie hoffen und beten, dass alles gut ausgehen wird für ihre 16 Schützlinge, die bis zu 21 Monate darauf warten, ihr Erstgespräch für das Asylverfahren zu führen.

Ungebrochener Optimismus

„Die Ungewissheit belastet die Jugendlichen enorm“, sagt Schwind. Medienberichte über Anschläge in und Abschiebungen nach Afghanistan wirken sich katastrophal aus: „Die Jugendlichen haben Angst, sie leiden an Schlafstörungen und sind teils verzweifelt.“ Schwind glaubt aber, dass sich die Dinge zum Guten wenden werden. Ihren Optimismus schöpft sie zum großen Teil aus der Kraft der Jugendlichen, die trotz der psychischen Belastung Deutschkurse belegen und erfolgreich absolvieren und genug Motivation finden, an der Gesellschaft teilzunehmen, sich an Regeln zu halten und fleißig zu bleiben. Der Verein bietet psychi-



Waltraud Führer, Ruth-Maria Schwind: kümmern sich auf beeindruckende Weise um ihre Schützlinge.

sche Unterstützung und diverse Aktivitäten, um die Jugendlichen aufzubauen. Vita Nova wurde Anfang 2016 mit dem Ziel gegründet, sich um unbegleitete, afghanische, minderjährige Flüchtlinge zu kümmern. Es begann mit einer herzzerreißenden Begegnung in Traiskirchen am Höhepunkt des Flüchtlingsstroms 2015. Schwind und Führer trafen auf einen jungen Flüchtling, der sie regelrecht anflehte, ihm eine Bleibe zu finden. Die Hilfslosigkeit traf sie wie ein Stein ins Gesicht und so beschlossen sie dann und dort etwas auf die Beine zu stellen. Sie suchten eine Bleibe und wurden in der Strozzigasse fündig. Sie suchten ein engagiertes Team und fanden bald eins. Unter ihnen war auch ein Mitarbeiter mit afghanischen

Wurzeln, der Dari (eine der zwei Amtssprachen in Afghanistan) spricht. Daher lag es für sie auf der Hand, dass sie nur afghanische Flüchtlinge, die Dari sprechen, aufnehmen würden. Sie sehen sich nicht als Grundversorgungseinrichtung. Eher eine Rundumversorgungseinrichtung, in der den Jugendlichen von Nahrung, über psychologische Betreuung bis zur sexuellen Aufklärung alles angeboten wird. Ihr oberstes Ziel ist es, Termine für die Erstgespräche zu bekommen. „Es ist ein Skandal, dass Kinder so lange warten müssen. Es ist fast so, als würden die Behörden warten, bis sie 18 Jahre alt werden, um sie dann leichter abschieben zu können“, sagt Schwind. Laut Schwind und Führer sind angesichts der unsicheren Lage über Abschiebungen nach Afghanistan Geduld und Feingefühl gefragt. Auf Anraten größerer Organisationen, versuchen sie, die Behörden nicht mit Anfragen zu überhäufen, denn das könnte sich negativ auf die Akten der Jugendlichen auswirken. Sich bei der Politik darüber zu beschweren, würde zur Zeit auch nicht viel bringen, denn es ist aktuell Wahlkampf. „Ich finde es schade, dass niemand in der Politik Haltung zeigt und sich für dieses Thema einsetzt“, so Schwind. Ihre letzte Hoffnung setzt sie auf Christian Kern, der sich bis jetzt bedeckt gehalten hat. „Ich wünsche mir ein Gespräch mit dem Bundeskanzler Kern. Er hat Haltung. Er muss diese nur öffentlich zeigen“, sagt Schwind. Da ist er wieder. Der Optimismus. Und er strahlt genau so stark wie die August-Sonne.

POPULÄRKULTUR

BUCH



20 Strategien gegen Rechts

Als der Autor während der Bundespräsidentenwahl 2016 in Deutschland zu einem Vortrag eingeladen war, verblüffte ihn, dass die ZuhörerInnen es für ihr Land nahezu unmöglich hielten,

dass ein rechtsextremer Politiker in das höchste Amt der Republik gewählt werden könnte. Für Alexander Pollak war das ein Impuls, dieses Buch zu schreiben. Der Sprecher von SOS Mitmensch analysiert darin das Erstarken der FPÖ und zieht eine Linie zur Zeit nach dem Nationalsozialismus. Er beleuchtet die Staatsdoktrin Österreichs als erstem Opfer, das Ausblenden der Verfolgung jüdischer ÖsterreicherInnen, die Begeisterung für den Anschluss und sieht darin Grundsteine für das Erstarken der Freiheitlichen Partei. Bei SPÖ und ÖVP sieht er eine Mitverantwortung, nicht zuletzt durch deren jahrzehntelange große Koalitionen. Daraus entwickelt Pollak eine seiner 20 Warnungen an Deutschland:

Die große Koalition sollte nicht zur Dauereinrichtung werden. Denn wer die Regierung abwählen oder ihr einen Denkzettel verpassen möchte, der landet vielleicht bei einer rechtsextremen Partei.

Einen Erfolgsfaktor der FPÖ sieht Pollak in deren Kommunikationsstrategie; trainierte Kommunikatoren wissen, wie sie ihre Botschaften platzieren und wie eine Täter-Opfer-Umkehr funktioniert. Das ist ein Trainingsvorsprung, den die Anderen erst aufholen müssen. Freilich nicht durch ebensolche populistische Mittel, sondern mit der „Fähigkeit, überzeugend aufzutreten und erfolgreich zu argumentieren“. Den Rechten sollte man niemals die Themensetzung überlassen, wie Pollak an einem

Beispiel zeigt. Nach dem Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt tweetete Marcus Pretzell, AfD-Landesobmann von Nordrhein-Westfalen: „Es sind Merkels Tote“. Eine kalkulierte Provokation, die in sämtlichen Medien präsent war und eine Diskussion über die Hintergründe des Anschlags verdrängte. Statt dessen sollten demokratisch gesinnte PolitikerInnen selbst mehr Themen setzen und über ihre eigenen Ziele sprechen. *(Nasila Berangy-Dadgar)*

Alexander Pollak
Zwanzig Erfolgsfaktoren der extremen Rechten. Zwanzig Gegenstrategien. Wie Deutschland aus den Fehlern Österreichs lernen kann.
Verlag: Books on Demand, 2017
132 Seiten, 11,90 Euro

BUCH



Willkommen in Österreich?

Hier wird nichts schöngeredet: Ferry Maier, der 2015/16 als rechte Hand des Flüchtlingskoordinators der Bundesregierung, Christian Konrad, fungierte, erzählt von seinen

niederschmetternden Erfahrungen: von Blockaden der österreichischen Bürokratie und einer schier gelähmten Politik angesichts der Menschen, die über die Ostbalkanroute nach Österreich geflüchtet waren. So eindeutig die Kritik des früheren ÖVP-Abgeordneten an der Regierungsarbeit ausfällt, so groß ist seine Bewunderung für die Zivilgesellschaft, ohne die es, wie mehrfach betont wird, in Anbetracht des Versagens der Politik zu einer großen humanitären Katastrophe gekommen wäre. Maier und die Journalistin Julia Ortner zeichnen nach, mit welchen Folgen auf Grund bisheriger Versäumnisse der Flüchtlingspolitik in Österreich zu rechnen ist und sie fordern eine positive Neuorientie-

rung. Dafür bräuchte es einige wichtige Schritte, das Rad müsste man aber nicht neu erfinden. „Willkommen in Österreich?“ lässt Geflüchtete ebenso zu Wort kommen wie Menschen, die sich an der Basis der Flüchtlingshilfe engagieren und auch Experten wie Killian Kleinschmidt. Julia Ortner hat ausführlich etwa auch mit Ex-Raiffeisen-General Christian Konrad gesprochen, der nicht auf Kritik an der Politik verzichtet. Konkret geht er auch auf die Absurdität des vom österreichischen Innenminister oftmals zitierten „Pull-Faktor“ ein, wonach die Aussicht auf Sozialleistungen in Österreich Menschen in Kriegsgebieten überhaupt erst auf die Idee bringen soll, zu flüchten. „Willkommen in Österreich?“

gibt wichtige Einblicke in die Geschehnisse im „Jahr der großen Flucht“ und spiegelt dabei österreichische Verhältnisse bestens wieder. Mit diesem Buch liegt eine überaus packende Lektüre vor, nicht nur für jene, die 2015 selbst mitgeholfen haben. *(Evelyn Steinthaler)*

Ferry Maier/Julia Ortner
Willkommen in Österreich? Was wir für Flüchtlinge leisten können und wo Österreich versagt hat.
Verlagsanstalt Tyrolia, 2017
176 Seiten, 19,95 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Atlas der Umweltmigration

Der verdienstvolle oekom Verlag in München verweist auf seiner Website zurecht auf den „Atlas der Globalisierung“, den Le Monde diplomatique herausgibt, wenn er den „Atlas der Umweltmigration“ bewirbt. Die von der IOM (International Organization for Migration) erstellte Arbeit widmet sich – in dieser umfassenden Weise – vielleicht erstmals dem gesamten Zusammenspiel von Klima und Migration. Während allein das Kohlenstoffdioxid, das seit der Industrialisierung in die Atmosphäre geblasen wurde, die Erde für die nächsten Jahrtausende erwärmen wird, müssen wir uns mit dem Satz „Vor dem Klima auf der Flucht“ anfreunden. Dürren treiben in ohnehin kargen afrikanischen Regionen Menschen von ihren ausgetrockneten Böden, während steigende Meeresspiegel weltweit Küstenregionen versinken lassen. Wetterextreme verschärfen Konflikte bis zu Kriegen, Stürme sorgen für Zerstörungen. Die IOM spricht von einem Ende der traditionellen Migration und widmet ein ganzes Kapitel den politischen

Lösungen für diese nächsten Entwicklungen. Dieser Zusammenhang von Klima und Migration ist das vielleicht bedeutendste Junktim für die Politik der Zukunft. Kein Klimagipfel wird mehr ohne diese Frage diskutiert werden können. Wer den Atlas der Umweltmigration liest, dem wird klar, dass Rechtspopulisten, die entgegen eines nahezu weltweiten wissenschaftlichen Konsenses den menschengemachten Klimawandel leugnen, keine Konzepte für die wohl größte Herausforderung für die internationale Gemeinschaft haben. Die vorliegende Publikation bietet nicht nur Antworten, sondern auch neue, systemische Zugänge, wie man sich dem Thema Migration für die Zukunft annähern könnte. Ein präzise kompiliertes Buch, gut strukturiert in übersichtlich gehaltenen, knappen Kapiteln, ergänzt durch Grafiken, das einem wertvolle Informationen für diese Diskussion bietet. (red)

Dina Ionesco, Daria Mokhnacheva, Francois Gemenne
Atlas der Umweltmigration
oekom Verlag, 2017
176 Seiten, 22 Euro



Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr, Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at

WHAT IS LOVE?

DIE EINSTELLUNG, DASS LIEBE AM MEISTEN BEWEGT.
PKP BBDO FÜR SOS MITMENSCH.

LOVE SELLS

PKPBBDO

Mein Österreich Meine Wahl Pass Egal

Sabine Gruber, 54 Jahre
Italienischer Pass, lebt seit 25 Jahren in Österreich



10.10.2017
15 bis 20 Uhr

In Wien: **Wahllokal - 1., Heldenplatz**
Erzherzog Karl Reiterdenkmal
U2/U3 Volkstheater



Weitere Wahllokale in Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt siehe
WWW.SOSMITMENSCH.AT

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

DEMOKRATIE

Pass egal. das ist auch meine Wahl!

Ioana-Alexandra lebt seit 26 Jahren in Österreich. Dennoch darf sie nicht mitbestimmen, wer das Land regiert. So wie sie ist fast jede sechste in Österreich lebende Person von der diesjährigen Nationalratswahl ausgeschlossen, weil sie keinen österreichischen Pass hat. SOS Mitmensch kämpft gemeinsam mit Betroffenen und KooperationspartnerInnen gegen diesen Wahlausschluss. Am 10. Oktober findet in sechs österreichischen

Städten eine „Pass Egal Wahl“ statt. In Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt werden Wahllokale eröffnet, bei denen alle, unabhängig von ihrem Pass, ihre Stimme abgeben können. Wir rufen die in Österreich lebenden Menschen dazu auf, ein Zeichen gegen den Wahlausschluss zu setzen. Kommen Sie am 10. Oktober zu den Pass Egal-Wahllokalen! Infos: www.sosmitmensch.at



Am 10. Oktober wählen alle, die hier leben.

WAHLEN

Keine Ministerämter für Rechtsextreme und Hetzer

Bei der Bundespräsidentenwahl hat die Mehrheit der Bevölkerung verhindert, dass ein Vertreter der extremen Rechten in eines der höchsten Ämter der Republik gelangt. Bei der Wahl am 15. Oktober und den Koalitionsverhandlungen danach geht es erneut auch darum, ob Rechtsextreme in Machtpositionen kommen. Doch von den Parlamentsparteien haben nur Grüne und Neos klar gesagt, dass sie keine Rechtsextremen und Hetzer in Ministerämter befördern werden. Was aber werden SPÖ und ÖVP tun? Bundeskanzler Kern hat uns geschrieben, dass er „nicht mit Parteien zusammenarbeitet, die gegen Menschen und Minder-

heiten hetzen“. Ähnliches findet sich auch im „Kriterienkatalog“ der SPÖ. Doch wie verbindlich sind solche Aussagen angesichts anders lautender Aussagen in seiner Partei? Von ÖVP-Obmann Kurz kam auf unsere Anfrage gar keine Reaktion. SOS Mitmensch fordert von der Politik eine klare Haltung gegen Rassisten und Hetzer in Machtpositionen ein. Wir verlangen von allen demokratisch gesinnten Parteien eine Ga-



Gegen Rechtsextreme: Adele Neuhauser

rantie, dass sie keine rechtsextrem durchsetzte Partei in die Regierung holen und keine Rechtsextremen und Hetzer in Ministerämter befördern. Die extreme und rassistische Rechte darf nicht die Macht erhalten, radikalen Nationalismus, zerstörerische Menschenfeindlichkeit und tiefe soziale Spaltung in die Tat umzusetzen.

Hilfe für Geflüchtete geht weiter!

Warum engagieren sich Menschen noch immer und immer wieder freiwillig in der Flüchtlingshilfe? Was ist ihre Motivation und was raten sie Menschen, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen? SOS Mitmensch hat nachgefragt und zeichnet beeindruckende und ermutigende Porträts von Helferinnen und Helfern: www.sosmitmensch.at

Fehlender Bildungszugang für Asylsuchende

Eine Erhebung von SOS Mitmensch hat zahlreiche Lücken und Hürden beim Bildungszugang von jungen Asylsuchenden zutage gefördert. Problematisch sind u.a. der Ausschluss von der Ausbildungspflicht, fehlende Bildungsplätze, abgelegene Quartiere und Einschränkungen beim Zugang zur Lehre. Lösungsvorschläge auf: www.sosmitmensch.at

SOS Mitmensch dankt großartigen KünstlerInnen!

Auch 2017 wurde die Menschenrecharbeit von SOS Mitmensch wieder von zahlreichen großartigen Künstlerinnen und Künstlern unterstützt. Ihre fantastischen Werke haben sie unentgeltlich für die große Benefizkunstauktion zur Verfügung gestellt. Wir sagen ganz herzlich DANKE!



Kunstauktion SOS Mitmensch.

ANDERE ÜBER ...

KOMMENTAR

Die FPÖ ist nicht gezähmt

Noch gefährlicher als ein schwarzblauer Pakt wäre Rot-Blau: für die Zivilgesellschaft und für die Menschenrechte.

KOMMENTAR: DORON RABINOVICI

Was sich ankündigt, ist ein fataler Fehler: eine Regierungsbeteiligung der FPÖ wäre heute schlimmer als im Jahr 2000. Der Protest gegen Schwarzblau, damals voller Pathos Widerstand genannt, hatte recht: Die Freiheitlichen wurden durch die Koalition nicht gemäßigt. Im Gegenteil: Die FPÖ ist radikaler denn je. Wir warnten im Jahr 2000 davor, dass der rassistische Populismus nicht überwunden werden würde, sondern legitimiert. Genau das ist geschehen. Wir befürchteten, Österreich könne zum Präzedenzfall für andere Länder werden. Wer kann das heute bestreiten? Alles, was angekündigt wurde, was die Kritik ansprach, ist auch eingetreten. Positionen, die damals noch ein Skandal waren, wurden in der Zwischenzeit zur Normalität und diese Zustände wurden nicht bloß – doch sehr wohl auch – durch die Einbindung von Haider's Bewegung in die Regierung legitimiert. Die Hoffnung, die Freiheitlichen könnten durch Ministerämter gezähmt und verantwortlicher werden, ist widerlegt.

Die typische Mine des Jörg Haider war das schief lächeln, mit dem er so manche Ungeheuerlichkeit sagte, womit er den einen bedeutete, er provoziere bloß und meine das, was er erklärte gar nicht so ernst, während er dem harten Kern des Rechtsextremismus damit bewies, einer der ihnen zu sein. Strache und Gudenus beherrschen dieses Doppelspiel gar nicht. Sie brauchen es auch nicht. Sie zielen offen darauf, in anderen Zeiten zu leben. Diese freiheitlichen Politiker wollen Verhältnisse jenseits derer, die wir seit 1945 anstreben. Sie sind die Nachfolger der Vorgänger jener Kräfte, die Europa einmal bereits in den Abgrund stießen.

Aber dieses Europa ist bereits verändert. Im Jahr 2000 war, was sich in Österreich abspielt, eine singuläre Erscheinung. Nun aber werden die Freiheitlichen durch den Rechtsextremismus in anderen Ländern – ob in Ungarn oder in Polen

– bestärkt. Im Weißen Haus amtiert ein neuer Präsident. Die Freiheitlichen bewundern Donald Trump. Sie sehen sich im Trend. Die Angriffe auf die liberale Demokratie sind stärker denn je, und in der FPÖ ist eine Burschenschaftsclique an der Macht, die es sehr ernst meint.

Noch gefährlicher als ein schwarzblauer Pakt wäre indes Rotblau für die Zivilgesellschaft und für die Menschenrechte. Die Sozialdemokratie in der Opposition war ein Garant der demokratischen Werte. Unter Schwarzblau war zumindest auf die sozialdemokratische Opposition Verlass. Damit ist es nun vorbei. Schlimmer noch: Im Bündnis mit den Freiheitlichen würde die SPÖ von innen her korrumpiert.

Jetzt schon verfehlt der sogenannte Kriterienkatalog sein Ziel: Die Sozialdemokratie wirkt gespalten. Die SPÖ wollte die Debatte auf diese Weise beenden, doch ist sie nun vollkommen darin verfangen. Zudem desavouiert sie sich und erntet dafür von den Freiheitlichen nur Hohn, denn der Kriterienkatalog ist so formuliert, dass er nichts besagt. So wird Rotblau nicht zur Drohkulisse, sondern nur zur Legitimationsformel und zum Sanktus für Schwarzblau.

Die Strategie geht nicht auf. Sie ist ein Fehler. Wer früher SPÖ wählte, gab eine Stimme gegen einen Pakt mit der FPÖ ab. Für viele ein zentraler Grund, sich für sie zu entscheiden. Dieses Argument nutzte Michael Häupl in Wien, aber auch Alexander Van der Bellen für den Kampf um die Hofburg. Emmanuel Macron errang damit seinen Triumph. Es gibt eine Mehrheit gegen die Koalition mit den Rechtsextremen. Wer diese Mehrheit nicht umwirbt, wird verlieren.

Dieser Kommentar ist eine leicht erweiterte Version eines Videokommentars für das Nachrichtenmagazin „profil“ und erscheint mit dessen freundlicher Genehmigung.



Illustration: Petja Dimitrova

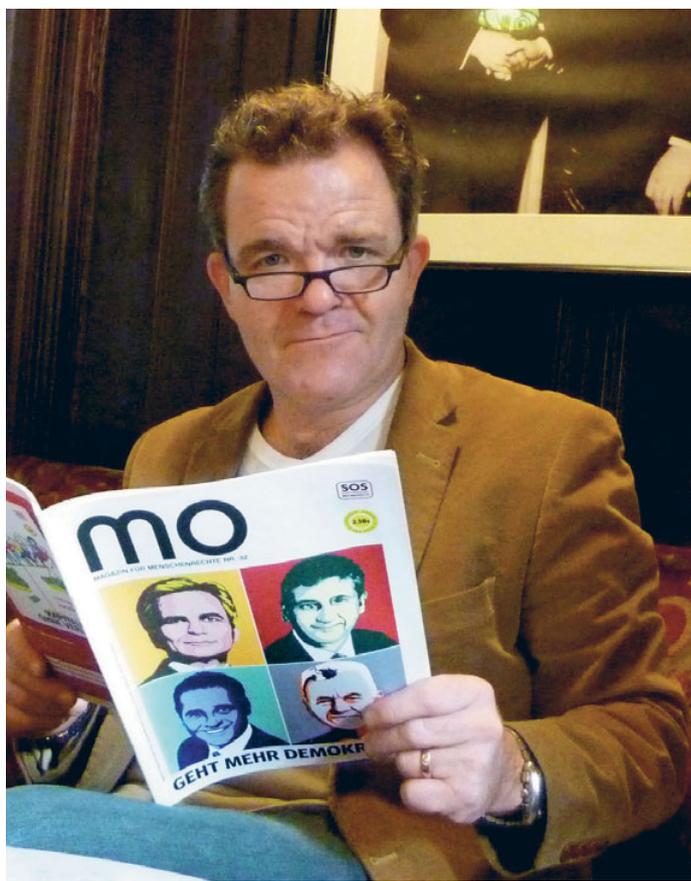
ZUR PERSON

Doron Rabinovici

Der Schriftsteller Doron Rabinovici, 1961 in Tel Aviv geboren, lebt seit 1964 in Wien. Seine Prosa, Hörspiele und Theaterstücke wurden mehrfach ausgezeichnet. Im Jahr 2000 gab er „Republik der Courage. Wider die Verhaiderung“ (gem. mit Robert Misik) im Aufbau Verlag heraus. Weitere Publikationen: „Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte“ (Ko-Hg., edition suhrkamp, 2004). „Papirnik.“ (edition suhrkamp, 1994), „Suche nach M.“ (Suhrkamp, 1997). „Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat.“ (Suhrkamp 2001). „Ohnehin“ (Suhrkamp, 2004). „Andernorts“ (Suhrkamp, 2010). Aktuell: „Die Außerirdischen“ (Suhrkamp, 2017). Rabinovici war im Jahr 2000 ein Mit-Initiator der Demonstration gegen eine FPÖ-Regierungsbeteiligung.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



PKP BBDO

Mit freundlicher Unterstützung von Vienna Paint und adb.

WENN WERTE MIT FÜSSEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe.
IBAN: AT 876 000 000 091 000 590 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at

SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

